

ÖKOSTEUERNEWS 10 – JUNI 2002

NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOLOGISCHEN STEUERREFORM

FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.

Brienner Str. 44 80333 München <http://www.foes-ev.de>
Fon 089/520113-13 Fax 089/520113-14 foes@foes-ev.de

In Zusammenarbeit mit Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.
und mit finanzieller Förderung von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt.*

Da die Förderung nur einen Teil der Kosten abdeckt, sind wir auf Spenden unserer
Leser dringend angewiesen (Spendenkonto: Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 37 40).

*Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung
privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL	1
2.	ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND	4
3.	ÖSR UND UMWELT INTERNATIONAL.....	13
4.	AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER	21
5.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN.....	22
6.	BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE	24
7.	BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER.....	26
8.	KURZMELDUNGEN.....	27
9.	SERVICE: JOBS	28
10.	SERVICE: LINKS	28
11.	SERVICE: VERANSTALTUNGEN	29
12.	FÖS: IN EIGENER SACHE.....	33

1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

Liebe Freunde der Ökologischen Steuerreform und des FÖS!

Gleich zu Beginn möchten wir Sie auf eine interessante Tagung in Berlin hinweisen:

27.06.2002, Berlin:

Conference on Environmental Fiscal Reform

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) lädt in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) zu einer internationalen Konferenz zur Ökologischen Finanzreform ein. Näheres dazu können Sie unter *Veranstaltungen* nachlesen.

Außerdem berichten wir in dieser Ausgabe über die Besteuerung von Biodiesel, die Forderung nach einer Ökologischen Finanzreform und die Frage, welche Partei Deutschland nachhaltiger regiert. Hinzu kommen Artikel zur Energiesteuerharmonisierung auf EU-Ebene, die Ratifizierung des Kyotoabkommens und vieles mehr.

Der Leitartikel ist diesmal dreigeteilt. Der erste Teil beschäftigt sich topaktuell mit den Plänen Horst Seehofers zur Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge. Teil zwei hat die verloren gegangenen Prinzipien der FDP zum Thema. Die überraschende Einsicht der USA, dass der Mensch das Klima dramatisch verändert, finden Sie im dritten Teil.

Anselm Görres, Vorsitzender des FÖS, hat im März und April an zwei Tagungen zur Ökosteuer in den USA teilgenommen, in der Rubrik *ÖSR und Umwelt international* berichtet er über seine interessanten Erfahrungen.

Wie immer wünschen wir viel Spaß bei der Lektüre und freuen uns über Rückmeldungen und Reaktionen!
Ihr FÖS-Team

Seehofer: Autofahrer schonen, Arbeit belasten!

Erhöhung der Rentenbeiträge belastet Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft

Wir freuen uns, dass Horst Seehofer von der Rekonvaleszenz in die Politik zurückgekehrt ist. Mit der ihm eigenen Wahrheitsliebe offenbarte der CSU-Sozialexperte die Konsequenzen des von Stoiber geplanten Ökosteuerstopps. Seehofer will die Rentenbeiträge um 0,4 oder 0,5 Prozentpunkte erhöhen, das entspricht etwa 4 bis 5 Mrd. Euro. Der Betrag passt auffallend gut zu dem Einnahmeausfall von rund 2,6 Mrd. Euro, den ein Verzicht auf die fünfte Ökosteuerstufe kosten würde.

Nach all den Lippenbekenntnissen zur Verlagerung der Steuerlast vom Faktor Natur zum Faktor Arbeit, die auch von prominenten Unionspolitikern wie Wolfgang Schäuble, Angela Merkel und Klaus Töpfer formuliert wurden, soll hier der Rückmarsch in die fiskalisch unseligen 80er und 90er Jahre angetreten werden. Als ob der Faktor Arbeit nicht noch immer viel zu hoch belastet wäre, mit nach wie vor etwa zwei Drittel der gesamten Abgabenlast!

Die Meldung liest sich wie die unbeliebteste Ereigniskarte in *Monopoly: Gehe zurück ins Gefängnis der erstickenden Arbeitsbesteuerung! Ziehe nicht 16 Mrd. Euro Ökosteuererträge ein. Erleichtere nicht das Los der Beitragszahler*. Da zahlen wir doch lieber brav die Ökosteuer und dürfen dafür *auf Los vorrücken*: Los von der Klimazerstörung, los von der Ölabhängigkeit, los von der Fossilzeit.

Die Entlastung der Wirtschaft durch den Wegfall der fünften und letzten Ökosteuerstufe würde etwa 0,9 Mrd. Euro ausmachen. Dagegen würde die von Seehofer geplante Rentenbeitragserhöhung die Wirtschaft mit 2 bis 2,5 Mrd. Euro und damit sehr viel höher belasten.

Der FÖS fordert: Keine Erhöhung, sondern schrittweise weitere Senkung der Sozialversicherungsbeiträge. Nicht Arbeit, sondern Energieverbrauch muss verteuert werden, denn wir wollen mehr Beschäftigung und weniger Klimagefährdung (Pressemitteilung des FÖS, 11.06.2002).

Liebe FDP: Bitte weniger Gaudiliberalismus und mehr Adam Smith!

Der FÖS ist überparteilich, uns gehören Mitglieder aller Parteien an, ein Mitglied unseres Beirats ist FDP-Politiker. Doch Überparteilichkeit heißt nicht, dass uns die Parteien egal sind. Zwischen Möllemann-Klamauk und heutiger Umweltpolitik (bzw. deren Fehlen!) der FDP gibt es bedauerliche Parallelen. Was beide The-

men verbindet, ist unseriöser Populismus: die Preisgabe liberaler Werte beim Kampf um Wählerstimmen und wirtschaftliche Vorteile. Also Politik ohne Gedächtnis für die nationale Vergangenheit, ohne Bewusstsein für die globale Zukunft.

Es war einmal, da spielte die FDP eine wichtige und progressive Rolle in der deutschen Umweltpolitik. Werner Maihofer war der erste deutsche Innenminister, der faktisch als Umweltminister agierte. Er brachte die TA Luft auf den Weg und gab wichtige Impulse zur verfassungsrechtlichen Absicherung des Umweltschutzes. In den von ihm und Karl-Hermann Flach geprägten Freiburger Thesen bildet Umweltpolitik einen der vier wichtigsten Bereiche der Gesellschaftspolitik. Dort findet sich vieles, an das man die heutigen Liberalen gern erinnern möchte, so auch die Aussage, die Kosten der Umweltbelastung sollten nach dem Verursacherprinzip aufgebracht werden.¹

Mit dem Wechsel von der sozialliberalen zur schwarzgelben Koalition scheint die FDP das Interesse an der Umweltpolitik verloren zu haben. Aus 16 Jahren an der Seite Helmut Kohls sind wenig umweltpolitische Initiativen in Erinnerung. Gibt es eigentlich noch Umweltpolitiker in der Westerwelle-FDP?

Unvergessen bleibt Insidern der skurrile Beitrag der FDP zur Ökosteuerdebatte, Anfang der 90er Jahre. Rexrodt und andere erfanden den „dritten Mehrwertsteuersatz“ als Wunderwaffe gegen alle ernsthaften Ökosteuermodele. Diese Wunderwaffe – eher eine Faschingsrakete – kam niemals aus dem Hangar, geschweige denn auf die Startbahn. Zu offensichtlich waren die europapolitische Inkompatibilität, die ökofiskalische Untauglichkeit, die verteilungspolitische Schieflage, die ökologische Unbedarftheit, vor allem aber: die offensichtliche Ablenk- und Alibifunktion des Modells. Aus Brüssel, wo man bis heute für eine Reduktion der vielfältigen Mehrwertsteuersätze und Sonderregeln kämpft, kam ein deutliches Abwinken. In der Ökosteuerdebatte war allen Fachleuten klar, dass Umweltsteuern an physikalischen Mengen anknüpfen müssen, nicht an monetären Größen: also Mengen- und nicht Preissteuern gefordert sind.

Der besondere Charme des dritten Mehrwertsteuersatzes – heute im Sortiment der FDP kaum mehr sichtbar – war nicht ökologischer, sondern verteilungspolitischer Natur. Er bestand in der Schonung der eigenen, meist vorwertsteuerabzugsberechtigten Klientel aus Industrie und Selbständigen bei gleichzeitiger Belastung der „normalen Konsumenten“, sprich des kleinen Mannes. Diesen Braten konnte selbst der fiskalisch unkundigste Bürger riechen.

Ebenso deutlich war die Tatsache, dass dieses Modell niemals ernst gemeint war.² Es sollte lediglich ökofiskalisches Engagement der FDP vortäuschen. Seine eigenen Initiatoren glaubten so wenig daran, dass sie ihren Vorschlag niemals in den Rang einer Gesetzesinitiative brachten.

Der psychologisch gebildete Leser mag aus der Schärfe dieser Kritik die Stimme einer enttäuschten Liebe entschlüsseln. Denn für die Befürworter der Ökosteuer schien die FDP zunächst ein vielleicht idealer Partner! Welche Partei könnte denn für die ökologische Anwendung von Adam Smith offener sein als die der Liberalen, welche Partei sollte den Charme des marktwirtschaftlichen Instruments Umweltsteuer besser verstehen als die FDP? Doch seltsam: Selbst in der angeblich marktwirtschaftsuntauglichen SPD, deren Wähler – darunter viele Arbeitnehmer mit langen Arbeitswegen – unter höheren Energiepreisen ganz anders leiden als Firmenwagenbesitzer und Besserverdiener – fand die Ökosteuer bei allen Vorbehalten mehr Aufgeschlossenheit als in der FDP.

Populismus ist Machtstreben auf Kosten von Prinzipien, also Verantwortungslosigkeit. Antisemitismus ist verantwortungsloser Umgang mit der deutschen Vergangenheit. Antiökologischer Populismus ist verant-

¹ Vergleiche Udo Leuschner – Geschichte der FDP (11) <http://uleuschner.bei.t-online.de/liberalismus/fdp11.htm>). Zitate aus Freiburger Thesen nach Hinnerk Peters, Linkliberale Ära und sozialliberale Koalition, www.hausarbeiten.de/rd/archiv/politologie/pol-1kklizus.shtml. Im letzten Abschnitt der Thesen, der Umweltpolitik, wird zuvorderst festgehalten, dass "Umweltschutz Vorrang vor Gewinnstreben und persönlichen Nutzen" hat. "Keine Entscheidung der Öffentlichen Hand oder Wirtschaft darf in Zukunft ohne Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte getroffen werden". Die Umweltpolitik sollte sich als Schrittmacher für ein internationales Umweltrecht verstehen, der "Hinweis auf schlechteren Umweltschutz in Nachbarländern darf kein Grund für die Verzögerung von eigenen Schutzmaßnahmen sein".

² Bände für diese Vermutung sprechen schon die vielen Kautelen, mit denen die Forderung im Wahlprogramm von 1998 verknüpft wird: „Im Rahmen der Steuersenkungsreform setzt sich die F.D.P. für einen dritten Mehrwertsteuersatz auf den Energieverbrauch ein, wenn er europaweit einheitlich eingeführt wird, im anderen Fall belastet er Wirtschaft und Arbeitsplätze allein in Deutschland. Die F.D.P. macht es jedoch zur Bedingung für einen dritten Mehrwertsteuersatz auf Energie, dass das Aufkommen hieraus ausschließlich der zeitgleichen weiteren Absenkung der Steuersätze bei der Lohn- und Einkommensteuer sowie der Körperschaftsteuer dient“ (<http://www.g-o.de/kap4/415.htm>).

wortungsloser Umgang mit der Zukunft. Nicht selten gehen beide Hand in Hand – ganz so wie umgekehrt bei vielen Deutschen das Umwelt-Engagement auch davon motiviert ist, nicht ein zweites Mal angesichts eines Kollektivverbrechens zu versagen.

Unsere Bitte an die Freien Demokraten daher: Der Appell an Stammtischparolen und Kurzfristegoismus kann kein Markenzeichen liberaler Politik sein. In der allgemeinen Politik nicht, in der Umweltpolitik ebenso wenig. Gerade einer liberalen Leistungselite müssten die Grundgedanken der Ökologischen Steuerreform doch nahe zu bringen sein: Verursacherprinzip, Marktwirtschaft, individuelle Verantwortung für die Folgen des eigenen Tuns. (AG)

Liebe USA: Ja wer hätte das gedacht!

Anfang Juni räumte die USA-Regierung erstmals ein, dass menschliche Eingriffe das Erdklima dramatisch verändern. In einem Memorandum an die Vereinten Nationen wird nicht nur das Verbrennen fossiler Ressourcen als Hauptursache der Erderwärmung benannt, es werden auch drastische Veränderungen der Umwelt in den USA vorhergesagt. Zum Beispiel das Versiegen von Wasserquellen, die Zunahme von Hitzewellen und das Verschwinden von Wiesenlandschaften in den Rocky Mountains und von Sumpfgebieten an den Küsten (nach SZ vom 7. Juni 2002).

Wer aber von diesen Einsichten eine veränderte Haltung zu den Kyoto-Vereinbarung erwartet, wird sogleich enttäuscht. Stattdessen wird betont, dass unabhängig von allen möglichen Maßnahmen die Auswirkungen des Treibhauseffektes nicht mehr zu verhindern seien.

Was würde man von einem Feuerwehrhauptmann halten, der angesichts sich häufender Brandmeldungen zunächst stur das Ausrücken seiner Mannschaften verweigert, weil nicht ausnahmslos alle Brandbeobachter das Feuer gemeldet hatten? Und der dann etwas später den Brand endlich zugibt, aber trotzig erklärt, nun sei es zum Löschen leider zu spät? Verantwortungsvolle Bürger würden einen solchen Feuerwehrchef schleunigst feuern.

2. ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND

CDU/CSU will Schadstoff-Abgabe an Treibhausgas-Ausstoß binden

Die von der Union als Ersatz für die rot-grüne Ökosteuern geplante Schadstoff-Abgabe soll nicht in die Rentenkassen fließen, sondern für Umweltprojekte genutzt werden. Das sagte CDU-Umweltexperte Peter Paziorek der FR. Er mahnte die Industrie, bei dem von der EU geplanten Klimaschutzinstrument Emissionshandel keine Fundamental-Opposition zu betreiben.

Die Ökosteuern, die rund 15 Milliarden Euro jährlich einbringt, könne erst "mittelfristig" ersetzt werden, sagte Paziorek, der Umweltsprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist. Es dürften "keine Brüche" bei der Rentenfinanzierung entstehen.

Paziorek erwartet, dass die Rentenbeiträge trotz des im Unions-Wahlprogramm angekündigten Verzichts auf die fünfte Ökosteuern-Stufe Anfang 2003 stabil gehalten werden könnten. Im Lager von Rot-Grün rechnet man indes damit, dass die Mehreinnahmen von rund 1,5 Milliarden Euro dringend benötigt werden, um den Beitrag von derzeit 19,1 Prozent nicht steigen zu lassen. Vor Einführung der Ökosteuern 1999 betrug der Satz 20,3 Prozent.

Die im Unionsprogramm vorgesehene "europaweit abgestimmte, harmonisierte und schadstoffbezogene Abgabe" soll sich Paziorek zufolge nach dem Treibhausgas-Ausstoß etwa der Kraftwerke oder Heizungen bemessen. Die Einnahmen sollen in Forschungs- und Anreizprogramme fließen, um die Effizienz bei der Energienutzung zu steigern. Beispiele: Kohle- und Erdgaskraftwerke mit höheren Wirkungsgraden, die Einführung der Brennstoffzelle, eventuell die Förderung von modernen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen.

"Die Ökosteuern ist von Rot-Grün aus sachfremden fiskalischen Erwägungen eingeführt worden", sagte Paziorek, "wir wollen, dass die im Namen der Umwelt erhobene Abgabe auch wieder der Umwelt zugute kommt." Die von Rot-Grün eingeführte Förderung erneuerbarer Energien will der Unions-Experte im Grund-

satz weitergeführt sehen. Für die bislang genehmigten Anlagen gebe es "Bestandsschutz" und damit eine Garantie der Strom-Einspeisevergütungen. Besonders Biomasse-Kraftwerke, die Holz, Stroh und andere Energiepflanzen nutzen, verdienten weitere Förderung, da sie anders als die Windkraft hohe Akzeptanz fänden. Die jetzt übliche Förderung der Windkraft auch an Binnenland-Standorten mit relativ geringen Erträgen müsse hingegen in Frage gestellt werden.

Bei Autofahrern soll die Schadstoffabgabe laut Union nicht auf den Sprit erhoben werden, sondern zu einer entsprechend dem CO₂-Ausstoß "gespreizten Kfz-Steuer" führen. Bei Drei-Liter-Autos läge sie niedrig, bei Pkw mit starkem Verbrauch hoch. Den Einwand, die beim Kostenfaktor Kfz-Steuer relativ geringe Ersparnis werde nur wenige auf Sparautos umsteigen lassen, ließ Paziorek nicht gelten.

Den EU-Plan, europaweit von 2005 an für die Industrie einen Handel mit Treibhausgas-Lizenzen einzuführen, begrüßte Paziorek: "Das kann ein Instrument sein, um in diesem Sektor die Ökosteuer abzulösen." Allerdings müssten noch bestimmte "Webfehler" im Vorschlag der EU-Kommission beseitigt werden. So sollten die besonders von der deutschen Industrie in den 90ern gemachten Klimaschutz-Anstrengungen berücksichtigt und auch die Selbstverpflichtung der Branchen zur CO₂-Reduktion mit dem Handelssystem "verzahnt" werden. Zur ablehnenden Haltung etwa des Industrieverbandes BDI sagte Paziorek: "Fundamentalopposition hilft hier nicht weiter." Der Emissionshandel werde sehr wahrscheinlich kommen, "und da ist es besser, man gestaltet die Regeln mit als sie übergestülpt zu bekommen" (Frankfurter Rundschau-online, Joachim Wille, 09.05.2002).

Lesen Sie dazu auch *Löchrig wie ein Schweizer Käse* unter *ÖSR und Umwelt international*.

FÖS: Bei neuen Biokraftstoffen Steuerbefreiung einführen, bei Biodiesel schrittweise abschmelzen!

Anlässlich der Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages am 15.05.2002 fordert der Förderverein Ökologische Steuerreform differenzierte Lösungen.

Konkret schlägt der FÖS folgende Steuerausgestaltungen vor:

- **Neue (aus erneuerbaren Energien hergestellte) Biokraftstoffe wie Biogas, Sunfuels, Ethanol, Methanol sind von der Mineralölsteuer zu befreien** – vollständig jedoch nur in der ersten Phase ihrer Markteinführung (ähnlich wie seit 1993 bei Biodiesel).
- **Mittelfristig sind auch Biokraftstoffe mit der vollen Wegekosten-Steuerkomponente zu belasten**, langfristig auch mit einer ihrer relativen Umweltbelastung entsprechenden Umweltkosten-Steuerkomponente. Insbesondere aus der niedrigeren Umweltkosten-Steuerkomponente ergäbe sich auch so für Biokraftstoffe ein dauerhafter Steuervorteil.
- **Beim Biodiesel, dem derzeit mit Abstand am weitesten verbreiteten Biokraftstoff, kann die Phase der Markteinführung als abgeschlossen gelten.** Ein Fortbestand der vollen Steuerbefreiung würde zu Mitnahmeeffekten führen. Die heutige, komplette Steuerbefreiung (derzeit 0,63 Euro pro Liter) sollte daher schrittweise zurückgeführt werden, dabei sollte der Steuervorteil auf einem Niveau gehalten werden, dass, die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Diesel erhalten bleibt. Bereits vor Einführung der Ökosteuer – also bei einem Steuervorteil von nur 0,50 Cents – war Biodiesel knapp wettbewerbsfähig.
- **In umweltsensiblen Bereichen, z.B. in der Binnenschifffahrt, in der Land- und Forstwirtschaft sowie in Natur- und Wasserschutzgebieten kommen der Umweltvorteil einer geringen Wassergefährdungsklasse biogener Kraftstoffe besonders ausgeprägt zu Geltung. Hier ist eine dauerhafte Steuerbefreiung biogener Kraftstoffe sinnvoll.** Dies gilt auch für Biodiesel.
- In der Finanzpolitik ist bei der Mineralölsteuerdebatte zwischen Wegekosten- und Umweltlastenbeitrag stärker zu differenzieren.

Mineralölsteuern gibt es weltweit schon seit Jahrzehnten – mithin viel länger als ökologisch motivierte Lenkungssteuern. Der Grund ist einleuchtend: Über Mineralölsteuern tragen Kraftfahrer **Wegekosten** des Verkehrssystems Straße – zumindest teilweise. **Diese Wege- oder Infrastrukturkosten gehen weit über die bloßen Kosten des Straßenbaus hinaus.** Nach dem Verursacherprinzip sind auch Kosten der Straßenflä-

chen, des Straßenunterhaltes, der Verkehrsüberwachung durch Polizei und Behörden sowie gesellschaftliche Folgekosten von Verkehrsunfällen hinzurechnen. Erst seit wenigen Jahren ist die Abdeckung der vom Verkehr verursachten **Umweltkosten** als zweites Motiv der Mineralölbesteuerung hinzugekommen.

Die Unterscheidung zwischen Wege- und Umweltkosten des Straßenverkehrs ist wichtig, weil Wegekosten von allen Fahrzeugen verursacht werden, während die Umweltkosten hauptsächlich von der Energie- und Antriebsart des Fahrzeugs abhängen. **Auch ein umweltschonendes Biofahrzeug verursacht Wegekosten!** Vor diesem Hintergrund stellt **jede völlige Befreiung von der Mineralölsteuer eine erhebliche Subvention** dar, die nur als befristete Starthilfe Berechtigung hat.

- Mittelfristig ist im Verkehrsbereich eine Struktur der Ökosteuern anzustreben, bei der die Steuersätze die jeweiligen externen Kosten der Antriebsstoffe bzw. Verkehrsmittel widerspiegeln. Ökosteuersätze im Verkehr sollten daher aus zwei Komponenten bestehen: Einer Komponente für die Infrastrukturkosten und einer Komponente für die Umweltkosten. Zu den **Infrastrukturkosten** sollten alle Kraftfahrzeuge – unabhängig vom Antriebsstoff – beitragen. Bei den **Umweltkosten** sind demgegenüber Differenzierungen nach der Art des Kraftstoffs sinnvoll.

(Pressemitteilung FÖS vom 17.05.2002)

Ökologische Steuerreform - Hemmnisse ihrer Durchsetzung und Ansätze zur Überwindung institutioneller Restriktionen auf EU-Ebene

Der folgende Artikel von Kai Schlegelmilch, Stellvertretender Vorsitzender des FÖS, erschien in *Punktum* vom Ökom-Verlag. Er erläutert die Geschichte der ÖSR, die Motive, die Institutionellen Restriktionen und die Versuche der stärkeren Harmonisierung auf EU-Ebene.

Historie der Ökologischen Steuerreform

Die Ökologische Steuerreform (ÖSR) ist mittlerweile eines der bekanntesten umwelt- und finanzpolitischen Instrumente in der Bundesrepublik Deutschland. Meist wird nur von Ökosteuer gesprochen - mal im Positiven, mal im Negativen Sinne, selten in einem neutralen Kontext. Noch Anfang der 90er Jahre war sie nur wenigen bekannt und doch war sie einmal der Hoffnungsträger in breiten Kreisen der Gesellschaft - schließlich hatte dieses Instrument eine bemerkenswerte Karriere gemacht. In der Wissenschaft von dem Schweizer Ökonomieprofessor Dr. Hans Christoph Binswanger vor rund 20 Jahren entwickelt³, wurde sie kurz darauf von Umweltverbänden und einigen Wissenschaftlern aufgegriffen. Auch politisch erfuhr sie Ende der 80er Jahre erste Aufmerksamkeit, nicht zuletzt dank einer Studie des Umwelt- und Prognose-Institut (UPI, Heidelberg)⁴, das einen Großteil aller Steuern durch 35 Ökosteuern ersetzen wollte. Mit dem Umweltwissenschaftler Professor Ernst Ulrich von Weizsäcker erhielt die ÖSR 1988 einen prominenten Protagonisten⁵. Kurz darauf gelangte das Thema dann auch auf die EU-Ebene.

Die erste Welle der Diskussion zur ÖSR löste eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW, Berlin) 1994⁶ aus, der eine hohe Aufmerksamkeit im politischen Raum folgte. Und beinahe wäre es sogar zur Einführung derselben unter der CDU-/F.D.P.-Regierung gekommen. Wichtige Teile der Wissenschaft, Gewerkschaften, einzelne Unternehmerverbände, verschiedene prominente Unternehmer, die Umweltverbände, die Kirchen, einige Parteien sprachen sich dafür aus. Doch Bauernlobby, CSU, teils auch die F.D.P., und die Großindustrie brachten den damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl Ende 1995 zum Versprechen, dass während seiner Regierung keine ÖSR umgesetzt würde. Im Wahlkampf 1998 brachte Bündnis 90/Die Grünen mit der - eigentlich schon altbekannten und wissenschaftlich gut fundierten - Forderung nach einem Benzinpreis von 5 DM je Liter (oder gut € 2,50) Teile der Gesellschaft in Rage. Dass sie dies immer erst für einen Zeitpunkt nach 10 Jahren forderten, ging in der Diskussion fast gänzlich unter. Auch die Tatsa-

³ Binswanger, Hans Christoph/Frisch, Heinz/Nutzinger, Hans et al.: Arbeit ohne Umweltzerstörung – Strategien einer neuen Wirtschaftspolitik, Frankfurt a. M. 1983.

⁴ UPI: Ökosteuern als marktwirtschaftliches Instrument – Vorschläge für eine Ökologische Steuerreform, UPI-Bericht Nr. 9, Heidelberg 1988.

⁵ Weizsäcker, Ernst Ulrich von: Plädoyer für eine Ökologische Steuerreform; in: Scheidewege Nr. 18, 1988/89, S. 197-203.

⁶ DIW: Wirtschaftliche Auswirkungen einer Ökologischen Steuerreform. Gutachten im Auftrag von Greenpeace e.V., Berlin 1994.

che, dass unter Berücksichtigung des stark gestiegenen Volkseinkommens seit 1950 ein faktisch drastischer Preisverfall für Benzin um rund 90% stattgefunden hatte⁷. Offenbar ließ die Aussicht auf eine erstmals mögliche Regierungsbeteiligung von Bündnis 90/Die Grünen dieses Szenario zur realistischen Schreckensvision verkommen. Das Erste ist zwar eingetreten – das Zweite dagegen noch lange nicht. Vielmehr lag die gesellschaftliche Akzeptanzschwelle bereits bei 2 DM (bzw. knapp über einem Euro), wie die Diskussion im Herbst 2000 zeigte.

Mehrere Motive für die ÖSR

Dabei sprechen gute Gründe für die Einführung und stetige Fortführung und Ausweitung der ÖSR. Steuerhistorisch ist die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit immer stärker erhöht worden, während relativ dazu die des Faktors Naturverbrauch gesunken ist. Was liegt näher, als diese falschen Anreizstrukturen umzukehren, um die zwei großen gesellschaftlichen Probleme, Umweltverbrauch und Arbeitslosigkeit, zu reduzieren? Also Ökosteuern hoch und Lohnnebenkosten runter! Schließlich ist der Preis, und die Steuer als wichtiger Teil dessen - das Steuerungsinstrument einer Marktwirtschaft. Ohne bürokratischen Aufwand kann so ein Signal an alle VerbraucherInnen und die UnternehmerInnen gegeben werden, weniger Umwelt zu beanspruchen und mehr Menschen zu beschäftigen. Im Gegensatz zum Ordnungsrecht in der Umweltpolitik sind keine detaillierten Vorschriften und Grenzwerte nötig, deren Erreichen oft nur schwierig oder zu hohen Kosten kontrollierbar ist. Warum sollte sie - etwas ketzerisch gefragt - auch jemand einhalten? Oft sind nur Kosten damit verbunden. Selbst wenn sie eingehalten werden - warum sollte jemand mehr tun? Der Anreiz fehlte - außer bei der Minderheit der Altruisten.

Mit dem Steuersignal dagegen fallen praktisch kaum Kontrollkosten an, ist ein ständiger Anreiz da, neue Technologien und Produkte zu entwickeln und - das ist letztlich für die Umwelt das Entscheidende - auch in breitem Maße einzusetzen. Der Staat muss sich zudem keine Information über wissenschaftlich zu rechtfertigende Grenzwerte verschaffen, was oft auch zu einer Verzögerung von Politikumsetzung führt.

Versuche der stärkeren Harmonisierung auf EU-Ebene

Ein Argument, dass jedoch die Debatte in der Wissenschaft, aber auch in der Öffentlichkeit stark beherrscht, ist das der Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Neben einer möglichen, sachlich aber kaum zu rechtfertigenden gänzlichen Ausnahme der Wirtschaft, steht daher die Forderung nach einer stärkeren Koordinierung mit anderen Staaten im Vordergrund. So liegt seit 1992, also seit genau zehn Jahren, ein Vorschlag zur Einführung einer CO₂-/Energiesteuer auf EU-Ebene - zusätzlich zur jeweils existierenden Energiebesteuerung auf nationaler Ebene - vor. Es sollte ein Glanzstück der EU-Politik im Vorfeld des ersten Erdumweltgipfels in Rio de Janeiro 1992 werden. Doch nachdem 1995 einige geringfügige Modifikationen des Vorschlags auch nicht zu einer Einigung führten, wurde dieser auf dem Europäischen Rat im belgischen Laeken Ende 2001 offiziell zurückgezogen. Immerhin war es 1992 - unmittelbar vor Einführung des Binnenmarktes - gelungen, sich auf Mindeststeuersätze für Mineralölprodukte (Benzin, Diesel, leichtes Heizöl) zu einigen, die seitdem auch heute noch in Kraft sind. 1997 legte die Kommission auf der Basis dieses Ansatzes einen Vorschlag zur a) Ausweitung der Mindeststeuersätze auf Erdgas, Strom und Kohle bzw. feste Brennstoffe und b) zur stufenweisen Anhebung (1998/2000/2002) derselben vor. Er berücksichtigte dabei die bereits auf nationaler Ebene vorhandenen Energiesteuern und ist damit deutlich weniger ambitioniert als der Vorschlag von 1992/5. Doch auch nach fast fünf Jahren Debatte dazu, konnte unter der belgischen EU-Ratspräsidentschaft Ende 2001 in einer längeren Diskussion der Finanzminister auf dem Ratstreffen der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) am 13.12.2001 keine Einigung darüber erzielt werden. Immerhin ersuchte der Europäische Rat in Barcelona den (ECOFIN-) Rat im März 2002, parallel zu der Einigung über die Öffnung der Energiemärkte bis Dezember 2002 ein Einvernehmen über die Annahme der Energiebesteuerungsrichtlinie zu erzielen, wobei den Bedürfnissen der Güterkraftverkehrsbranche Rechnung zu tragen ist⁸. Gekoppelt an diese, teils neuen Bedingungen wird eine Einigung noch schwieriger werden.

⁷

Jarass, Lorenz/Obermair, Gustav M. (Hrsg.): More Jobs, Less Pollution: a Tax Policy for an Improved Use of Production Factors, Wiesbaden 1994.

⁸

Schlussfolgerungen des Vorsitzes der Präsidentschaft zum Europäischen Rat in Barcelona am 15./16.03.2002.

Institutionelle Restriktionen

Warum gelingt hier nach zehn Jahren kein Fortschritt auf EU-Ebene - obwohl mittlerweile gerade auch deswegen die Mehrheit der EU-Staaten eine Ökologisierung ihrer Steuersystem, meist mit einer Energiebesteuerung im Mittelpunkt, vorantreibt? Fakt ist aber – geradezu skurrilerweise -, dass durch die mangelnde Harmonisierung mittlerweile die Mehrheit der Staaten eigene Wege gegangen ist – was, so will es die Ironie der Geschichte, die Harmonisierung heutzutage noch schwieriger macht, als sie es ohnehin schon die ganzen Jahre über war.

Zum einen könnte man vermuten, dass Befürchtungen über die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Wirtschaftszweige eine Einigung verhindern. Diese Vermutung kann jedoch schnell beiseite geschoben werden, weil die Vorschläge von 1992/5 und von 1997 umfassende Ausnahmeregelungen für energieintensive Industrien enthalten – und dies, obwohl nur einzelne Prozesse dieser Sektoren potenziell gefährdet wären.

Leicht regressive Verteilungswirkungen - zumindest bei oberflächlicher Betrachtung - ist für manche wie Großbritannien ein Grund, zumindest im Wärmebereich die Steuern nicht zu erhöhen. Substantiell sind diese Bedenken jedoch in aller Regel auch nicht. Quantitativ sind die Belastungen meist unbedeutend. Gerade Kraftstoffsteuern belasten den Mittelstand am meisten, nicht aber den Sozialhilfeempfänger.⁹ Zudem werden die vermiedenen Umwelt- und Gesundheitsschadenskosten durch die sinkende physische Belastung oft verkannt.¹⁰ Weiterhin könnte eine gezielte Aufkommensverwendung zur Förderung der Energieeinsparung, der Steigerung der Energieeffizienz und der Erneuerbare Energien dieses Hemmnis überwinden helfen.

Wenn man also diese beiden meistgenannten Hemmnisse einmal - in hier sicherlich stark verkürzter Weise - nicht beachtet, kommt man zu den institutionellen Hemmnissen auf EU-Ebene. Das Dossier Energiebesteuerung fällt - weil es um eine Steuer geht - in die Zuständigkeit des ECOFIN. Hier sieht der EU-Vertrag Einstimmigkeit als Abstimmungsregel vor. Faktisch wird damit jedem Mitgliedsstaat ein Vetorecht eingeräumt. Und dies ist der offenbar entscheidende Grund, warum bisher kein Vorschlag verabschiedet werden konnte. Deutschland hatte daher als Forderung in die Neuverhandlung des EU-Vertrags Ende 2000 in Nizza die Veränderung dieser Abstimmungsregel zumindest für Umwelt- und Energiesteuern eingebracht. Aber da selbst die damalige französische EU-Ratspräsidentschaft dieser Forderung nicht folgte - und zu einer Vertragsänderung wiederum Einstimmigkeit ist erforderlich, hatte dieser Vorstoß keine Chance.

Kurzfristige Ansätze zur Überwindung der institutionellen Hemmnisse

Gibt es also andere Möglichkeiten, um hier bald Fortschritte zu erzielen? Die Zeit drängt, weil die EU-Erweiterung eine weitere wichtige zeitliche Randbedingung für einen Beschluss zur stärkeren Harmonisierung der Energiesteuern setzt. Denn sollte eine stärkere Harmonisierung der Energiebesteuerung vor dem Beitritt erster Staaten erfolgen, zählte die dann beschlossene Energiebesteuerung zum "acquis communautaire", dem EU-Gemeinschaftsrecht. Die Beitrittskandidaten müssten diese also auch - ggf. mit Übergangszeiten - übernehmen. Nun könnte man gleichwohl etwas Hoffnung in die für 2004 vereinbarte neue EU-Vertragsstaatenkonferenz legen. Aber 2003 sollen bereits erste Beitrittskandidaten¹¹ aufgenommen werden. Dies dürfte eine solche Veränderung nicht gerade erleichtern. Im Prinzip gibt es zwei, wenn auch durchaus ähnliche Ansätze - einen steuerliche und einen nicht-steuerlichen.

Neben den fiskalischen Aspekten einer solchen Besteuerung spielt das umweltpolitische Motiv eine wichtige Rolle. Insofern könnte dies zwar eine Behandlung des Dossiers unter der Ägide des EU-Umweltrats rechtfertigen. Dies hätte den möglicherweise entscheidenden Vorteil, dass hier Entscheidungen mit der Regel der "qualifizierten Mehrheit", also einer 3/4-Mehrheit getroffen werden. Nicht zuletzt wurde erst im März 2002 das Kyoto-Protokoll mit qualifizierter Mehrheit beschlossen – also, so sollte man meinen, müssen auch die

⁹ Nagel, Thomas: Allokative und distributive Effekte einer umweltgerechten Umgestaltung des deutschen Steuersystems, Frankfurt am Main/New York, 1992.

¹⁰ Luhmann, Hans-Jochen/Ell, Renate/Roemer, Michael: Unevenly distributed benefits from reducing pollutants, especially road traffic emissions, via reducing road transport. Environmental Fiscal Reform Working Paper No. 6, Wuppertal July 1998.

¹¹ Schlegelmilch, Kai (Hrsg.): Green Budget Reform in Europe. Countries at the Forefront. Springer: Berlin, Heidelberg, New York 1999, http://www.springer.de/cgi-bin/search_book.pl?isbn=3-540-64718-X.

Maßnahmen mit entsprechender Mehrheit verabschiedet werden. Damit könnte eine breite Allianz von Befürwortern von Energiesteuern höhere Energiesteuern auch gegen eine Minderheit durchsetzen. Diesem schönen Szenario steht leider der EU-Vertrag entgegen, der eine einstimmige Beschlussfassung für alle steuerlichen Fragen – unabhängig von der Ratsformation – vorgibt.

In eine ähnliche Richtung zielt eine andere Alternative. Sie besteht in der Verfolgung einer nichtsteuerlichen Variante. Konkret heißt dies, dass man vorerst auf eine stärkere Harmonisierung der Energiebesteuerung verzichtet. Statt dessen werden verschiedene Sektoren dem Emissionshandel unterworfen. Denn dieses Instrument wird im Rahmen des Kyoto-Protokolls und damit mit großer Wahrscheinlichkeit in der EU kommen. Erst Ende 2001 hat die EU-Kommission einen Vorschlag zum Emissionshandel auf EU-Ebene im Rahmen ihres Europäischen Klimaschutzprogramms vorgelegt. Dieser wird - hier geht es ganz explizit um Klima und Umwelt - im Umweltrat diskutiert und soll von ihm verabschiedet werden. Zwar fokussiert der Vorschlag bisher auf die Beteiligung der Kraftwerke bzw. der energieintensiven Branchen. Eine Ausweitung auf andere Sektoren ist aber grundsätzlich denkbar. Insbesondere für den Verkehrssektor gibt es bereits erste Studien, die sich mit der Praktikabilität dieses Ansatzes auseinandersetzen¹². Um in aller Kürze ein Hauptbedenken auszuräumen: Dies würde auf Ebene der Mineralölfirmer funktionieren, nicht jedoch über Bezugs-scheine, die die einzelnen AutofahrerInnen dann bei jedem Tanken abzugeben hätten. So könnten grundsätzlich auch die privaten Haushalte einbezogen werden. Zwar wäre damit immer noch keine Harmonisierung der Energiebesteuerung erreicht – und bürokratisch wäre es auch nicht die eleganteste Lösung. Aber dies ist eigentlich schon sekundär – primär ist das Ziel. Und für Ökonomen ist es eine Binsenweisheit, dass die zwei ökonomischen Instrumente - Steuer und Emissionshandel, sofern ein und dasselbe Ziel einer bestimmten Emissionsminderung erreicht werden soll, eine ähnliche Auswirkung auf den Preis haben. Der Emissionshandel wäre somit eine komplementäre und damit kompatible Lösung zur Energiebesteuerung. Und das institutionelle Hemmnis, Erfordernis der Einstimmigkeit beim ECOFIN, könnte so weitgehend überwunden werden.

Trittin fordert Ökologische Finanzreform

Für eine umfassende Ökologische Finanzreform hat sich Bundesumweltminister Jürgen Trittin ausgesprochen. "Wir dürfen Bedürfnisse von heute nicht auf Kosten nachfolgender Generationen befriedigen. Es ist mittlerweile kaum noch umstritten, dass Produktion und Konsum auch mit den Kosten belastet werden müssen, die in den Marktpreisen nicht enthalten sind", sagte der Bundesumweltminister zur Eröffnung einer zweitägigen Konferenz über nachhaltiges Wirtschaften in Berlin. Auf Einladung des Bundesumweltministeriums und des Bundesverbands der Deutsche Industrie, BDI, diskutierten am 15. und 16. Mai Teilnehmer aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft über den möglichen Beitrag von Unternehmen für eine umweltgerechte und nachhaltige Entwicklung.

Eine grundlegende ökologische Finanzreform müsse aber auch weitergehende finanzielle Anreize für umweltfreundliches Produzieren und Konsumieren schaffen, sagte Trittin. "Es geht auch um den Abbau ökologisch kontraproduktiver Subventionen, von denen es eine Fülle im deutschen Steuer- und Finanzsystem gibt, nicht nur bei der Steinkohle und in der Landwirtschaft." Grosse Chancen sind aus Sicht des Bundesumweltministers mit einer Umgestaltung der Bauförderung verbunden. Gegenwärtig wird etwa mit der Eigenheimzulage der Erwerb von Neubauten doppelt so hoch gefördert, wie der Erwerb von Altbauten. Auf diese Weise werden die flächenintensivsten Bebauungsformen der Ein- und Zweifamilienhäuser gegenüber der Wiedernutzung des Gebäudebestandes erheblich bevorzugt. "Wir sollten die Verlagerung von Arbeiten und Wohnen auf die grüne Wiese nicht auch noch mit staatlichen Mitteln zusätzlich fördern", sagte Trittin.

Angesichts der Globalisierung sei ein globaler ökologischer und sozialer Ordnungsrahmen nötig, der negative Wirkungen vermeidet oder zumindest abmildert. "Wir brauchen jedoch Unternehmen und Unternehmer, die sich ihrer globalen Verantwortung stellen und sich zu nachhaltigen Handeln bekennen. Ich setze auch darauf, dass der von uns initiierte Dialogprozess für mehr Umweltschutz bei Auslandsdirektinvestitionen in Kürze abgeschlossen wird und viele deutsche Unternehmen sich zu den vereinbarten Grundsätzen bekennen

¹² Ifeu/ZEW: Flexible Instrumente der Klimapolitik im Verkehrsbereich, Heidelberg 2001.

werden. Wir wollen dies gemeinsam als wichtigen deutschen Beitrag mit nach Johannesburg nehmen", sagte Trittin (BMU Pressedienst Nr. 114/02; Berlin, 15. Mai 2002).

Reduzierte Mehrwertsteuer für Bahn gefordert

Bundesumweltminister Jürgen Trittin hat sich dafür ausgesprochen, das Bahnfahren billiger zu machen. Auf einer Veranstaltung der Allianz pro Schiene in Berlin sagte Trittin, die Politik müsse wegen der unbestreitbaren Umweltvorteile der Bahn die steuerlichen Rahmenbedingungen für die Schiene verbessern. "Ich könnte mir etwa vorstellen, dass die Bahn künftig auch im Fernverkehr ab einer Entfernung von 50 km nur den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent zahlen muss, der heute bereits im Nahverkehr gilt".

Zugleich forderte Trittin die Bahn auf, selbst noch mehr dafür zu tun, dass sie ihre Umweltvorteile gegenüber Lkw und Pkw behält. "Sie muss bei den Schadstoffemissionen und vor allem beim Lärm mehr tun, um auch in Zukunft die bevorzugte Behandlung zu rechtfertigen, die sie bis heute verdient", so der Bundesumweltminister. Nach Angaben von Allianz Pro Schiene-Vorstandsmitglied Jochen Flasbarth würden längere Bahnfahrten durch eine Halbierung der Mehrwertsteuer "im Grundpreis rund zehn Prozent günstiger". Voraussetzung sei, dass die Deutsche Bahn AG die Steuersenkung voll an die Kunden weitergebe. Flasbarth, der auch Mitglied des Nachhaltigkeitsrates der Bundesregierung ist, bekräftigte, die Bahn sei nach wie vor "mit Abstand das nachhaltigste motorisierte Verkehrsmittel". Deswegen müssten "weitere Wettbewerbsnachteile gegenüber Straße, Flugverkehr und Binnenschifffahrt abgebaut werden". So zahle der Flugverkehr bis heute keine Energiesteuern, die umweltfreundlichere Bahn dagegen sehr wohl, was z.B. für die Strecke Berlin-Paris einen Preisnachteil von 46 Euro bedeute. Bahnchef Hartmut Mehdorn verwies darauf, dass die Deutsche Bahn AG es in den neunziger Jahren geschafft habe, den spezifischen Kohlendioxid-Ausstoß im Personenverkehr um 24 Prozent und im Güterverkehr um 33 Prozent zu senken. "Zwischen 2000 und 2001 haben wir den Ausstoß des Klimagases im Personenverkehr um weitere 7,8 Prozent reduziert und dies bei steigender Beförderungsleistung", sagte Mehdorn. Mehdorn betonte, dass die Bahn unter anderem gerade die sogenannte "Flüsterbremse" im Güterverkehr einführe und auch sonst "hart am Thema Lärmvermeidung" arbeite. Der Bahnchef versicherte, sein Unternehmen wolle auch in Zukunft "den existierenden Umweltvorsprung mindestens halten, nach Möglichkeit sogar noch weiter ausbauen". Ohne die Bahn seien die Klimaschutzziele von Kyoto auf keinen Fall zu erreichen. Die Allianz pro Schiene ist ein Zusammenschluss von 16 Umwelt- und Verkehrsverbänden sowie Gewerkschaften mit mehr als einer Million Einzelmitgliedern. Das Schienenbündnis wird von Unternehmen der Bahnindustrie, von der Deutschen Bahn AG, aber auch von deren privaten Wettbewerbern - wie etwa Connex - unterstützt. " (B.A.U.M. News Nr. 23 vom 13.05.02).

Schröder oder Stoiber: Wer regiert nachhaltiger?

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) sieht im Umweltranking Bundeskanzler Schröder derzeit vor Herausforderer Stoiber. Der DNR möchte sich in den Bundestagswahlkampf als starke Stimme der Umweltbewegung einbringen. "Fünf Millionen Mitglieder der Natur- und Umweltschutzverbände sind gleichzeitig fünf Millionen Wählerinnen und Wähler, die am 22. September für mehr Ökologie und Nachhaltigkeit in der Politik stimmen werden", sagte DNR-Präsident Hubert Weinzierl in Berlin.

Als eine erste Orientierungshilfe präsentierte der DNR dazu einen Vergleich der Aussagen von Gerhard Schröder und Edmund Stoiber zu zentralen Umweltfragen. Maßstab für den Politiker-Test sind die Kernforderungen, die der DNR den Parteien zur Bundestagswahl vorgelegt hat. Das Ergebnis der DNR-Auswertung: (+ = Forderung erfüllt; (+) = teilweise erfüllt; - = nicht erfüllt):

	Schröder	Stoiber
Klimaschutz und Energie		
CO ₂ -Minderung um 40% bis 2020	-	-
Verdoppelung beim Einsatz erneuerbarer Energien	+	+
Abbau der Kohlesubventionen bis 2010	-	-
Ausbau der Ökosteuer	(+)	-

Atomausstieg	+	-
Landwirtschaft		
Garantie gentechnikfreier Landwirtschaft	-	-
20% Ökolandbau bis 2010	+	-
Mobilität		
Einführung Tempolimit	-	
Flächenverbrauch bis 2010 reduzieren von 130 ha auf 30ha	+	-
Naturschutz		
Ausweitung FFH-Gebiete	+	(+)
Umsetzung Bundesnaturschutzgesetz; Änderung der Ausgleichszahlungen an die Landwirtschaft	+	-
Umsetzung der Alpenkonvention	(+)	-
Internationales		
Ökologisierung der Welthandelsorganisation WTO	+	+
0,7% Anteil am BSP für Entwicklungshilfe bis 2007	-	-
Soziale und ökologische Gestaltung der Globalisierung	(+)	-
Lebensstil- und Wertediskussion	-	(+)
Gesamt: DNR-Forderungen zugestimmt	8	3

Für Hubert Weinzierl ist das Fazit aus dem Ranking eindeutig: "Die rot-grüne Bundesregierung hat im Energie-, Agrar- und Naturschutzbereich eine positive Bilanz vorzuweisen. Dieses Pflänzchen der Hoffnung für eine ökologisch orientierte Politik darf nach der Bundestagswahl nicht von einem radikalen Wirtschaftskurs zertrampelt werden", mahnte er. Die von der Bundesregierung vorgelegte Nachhaltigkeitsstrategie liefere die Grundlage für eine zukunftsfähige Politik in Deutschland. "Wer auch immer nach dem 22. September die politische Verantwortung trägt, darf hinter diesen Anspruch nicht zurückfallen", forderte der DNR-Präsident. Die Wahlprogramme finden Sie hier:

SPD: <http://regierungsprogramm.spd.de/servlet/PB/menu/1076208/index.html>

CDU: <http://www.cdu.de/regierungsprogramm/>

Bündnis 90/ Die Grünen:

<http://archiv.gruene-partei.de/bdk/wiesbaden2002/beschluss/wp/Wahlprogramm2002.pdf>

FDP: <http://www.fdp.de/portal/pdf/Buergerprogramm2002i.pdf>

(Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände; Pressemeldung vom 17.05.2002)

Bahn fordert Besteuerung des Flugverkehrs

Die Deutsche Bahn leitet in diesem Jahr weitere entscheidende Schritte ihres umfassenden Sanierungsprogramms ein. Mit der Eröffnung der Hochgeschwindigkeitsstrecke von Frankfurt/Main nach Köln Anfang August werde sich auf "40 Prozent der Strecken im Fernverkehr die Reisegeschwindigkeit deutlich erhöhen", sagte Bahnchef Hartmut Mehdorn am Donnerstag bei der Bilanzvorlage in Berlin. Zugleich soll Reisen durch das ab Mitte Dezember geplante neue Tarifsysteem "für Millionen Menschen attraktiver und billiger werden". Die Investitionsoffensive der Bahn halte an. Bis zum Jahr 2006 sollen weitere 45 Milliarden Euro in den Ausbau und die Sanierung des Schienennetzes, in neue Züge, Wagen und Lokomotiven und in die Modernisierung der Bahnhöfe fließen.

Angesichts der Belastungen durch diese Milliardeninvestitionen stellt sich die Bahn auch in diesem und im kommenden Jahr wieder auf Verluste ein, "die aber unter unseren eigentlichen Planungen liegen werden", sagte Mehdorn. Ab dem Jahr 2004 wolle die Bahn dann "nachhaltig schwarze Zahlen" schreiben.

Im Vorjahr war die Bahn AG erstmals seit ihrer Gründung 1994 in die roten Zahlen gefahren. Mit 204 Millionen Euro sei der Betriebsverlust aber "noch geringer ausgefallen als erwartet". Im Jahr zuvor hatte die Bahn noch einen Gewinn von 199 Millionen Euro erwirtschaftet. Mehdorn zeigte sich dennoch zufrieden.

Die Bilanz sei nichts "zum Jubeln, aber wir haben unsere Ziele weitgehend erreicht". In diesem Jahr geht Mehdorn von einem Verlust von rund 550 Millionen Euro aus, der Konzernumsatz werde annähernd auf Vorjahresniveau von 15,7 Milliarden Euro (plus 1,7 Prozent) liegen. Für 2003 erwartet der Bahnchef "ein leicht negatives" Ergebnis. Dieses "Tal der roten Zahlen" sei Basis für ein künftig nachhaltig saniertes Unternehmen.

Zufrieden zeigte sich Mehdorn mit der Verkehrsleistung im Personenverkehr. Sie sei vor allem auf Grund der Zuwächse im Nahverkehr "auf den bisher höchsten Wert seit Beginn der Bahnreform" 1994 gestiegen. Damit konnte die Bahn sogar einen Rückgang der Verkehrsleistung im Fernverkehr (minus 2,4 Prozent) kompensieren. Mehdorn führte diesen Rückgang auf den Wegfall der Verkehre zur Expo 2000 zurück. Künftig wolle die Bahn im Fernverkehr konsequent schnelle Städteverbindungen mit wenigen Haltepunkten und einer Durchschnittsgeschwindigkeit der Züge von 150 Stundenkilometern schaffen. In Ballungsgebieten strebe die Bahn Partnerschaften mit den Stadtverkehrsbetrieben an. Ziel sei es dort, die Fahrpläne mit Straßenbahnen, S-Bahnen und Bussen zu vertakten, um "Verkehre aus einer Hand" anbieten zu können.

Der Bahnchef wandte sich erneut gegen die Kritik, die Bahn diskriminiere Wettbewerber auf der Schiene. "Es gibt keinen Fall von Diskriminierung auf unserem Schienennetz", sagte Mehdorn. Ärgster Wettbewerber der Bahn sei ohnehin das Auto. Mit vielen der inzwischen rund 250 Konkurrenten auf der Schiene kooperiere die Deutsche Bahn dagegen. Auch den Vorwurf der Unpünktlichkeit wollte der Bahnchef nicht akzeptieren. "Wir sind das pünktlichste Verkehrsmittel - und wir werden immer schneller", sagte Mehdorn. An Verspätungen seien in den meisten Fällen externe Faktoren wie Selbstmorde, Unfälle an Bahnübergängen oder extreme Witterungseinflüsse schuld. Allein im Vorjahr hätten sich auf den Strecken der Deutschen Bahn rund 1 000 Suizidfälle ereignet. Mehdorn regte an, wie in Österreich über solche Selbstmorde in der Presse nicht mehr zu berichten. Das habe im Nachbarland bereits zu wesentlich weniger Nachahmerfällen geführt.

Heftig kritisiert hat der Bahnchef die derzeitigen Billigflugangebote. Würden Airlines in Deutschland künftig weiter bei der Mineralöl- und Ökosteuern bevorteilt, "werden wir uns in Brüssel dagegen wehren", kündigte Mehdorn an. Es sei nicht einzusehen, "dass ein Bahnkunde mehr Steuern zahlen muss als ein Flugzeugkunde" (Berliner Zeitung-online, Peter Kirnich, 17.05.2002).

Goodyear: Umweltbewusstes Verhalten am Steuer in Europa noch unterentwickelt

Laut einer europaweit angelegten Studie, die im Auftrag von Goodyear Umweltbewusstsein und Umwelthverhalten von Autofahrern untersucht, attestieren sich mehr als 90 Prozent aller Autofahrer ein hohes Umweltbewusstsein. Bei den meisten bestimmen jedoch finanzielle Erwägungen das Verhalten: Während 85 Prozent versuchen, Energie zu sparen, sind lediglich 39 Prozent bereit, höhere Steuern für einen verbesserten Umweltschutz zu bezahlen. Auch das Verhalten am Steuer wird stark durch wirtschaftliche Überlegungen beeinflusst: 77 Prozent der Befragten achten beim Fahrzeugkauf auf den Kraftstoffverbrauch. Aber nur 54 Prozent geben an, durchgängig umweltfreundlich zu fahren und zum Beispiel im Stau den Motor abzustellen.

Obwohl Umweltschutz vielen ein wichtiges Anliegen ist, kennen sich nur die wenigsten bei diesem Thema gut aus. Gerade sechs Prozent der Befragten konnten sechs Wissensfragen zum Thema Umwelt und Umweltschutz richtig beantworten, wobei Männer besser abschneiden als Frauen. Um so erstaunlicher ist, dass sich Männer dennoch weniger umweltbewusst verhalten als Frauen. Auch sind Fahrer unter 55 Jahren trotz besserem Wissen weniger umweltbewusst als ältere Autofahrer, die sich beim Thema Umwelt schlechter auskennen.

Grundsätzlich sind die Autofahrer bereit, zugunsten des Umweltschutzes auf Komfort und Leistung zu verzichten: Bemerkenswerte 70 Prozent der Befragten würden Abstriche beim Komfort und 55 Prozent bei der Leistung ihres Autos in Kauf nehmen, wenn sie damit einen Beitrag zum Umweltschutz leisten können.

Die Deutschen kennen die Auswirkungen von Kraftstoffverbrauch und Fahrverhalten auf die Umwelt und erzielen herausragende Ergebnisse im europäischen Vergleich: Über 90 Prozent wissen, dass der Reifendruck den Kraftstoffverbrauch beeinflusst, 81 Prozent sind sich bewusst, dass Reifen Lärm verursachen. Dass Fahren mit gleichmäßiger Geschwindigkeit, Abstellen des Motors im Stau und regelmäßige Wartung unnötige Umweltbelastungen vermeiden, ist mehr als 90 Prozent bekannt.

Die Deutschen sind damit besser als andere Europäer informiert, wie sie als Autofahrer zu mehr Umwelt-

schutz beitragen können - und nutzen das Auto auch umweltbewusster als die meisten ihrer europäischen Nachbarn: Beim Fahrzeugkauf achten 80 Prozent auf den Kraftstoffverbrauch und 85 Prozent auf die Emissionswerte. Während im Durchschnitt nur 54 Prozent der Europäer im Stau den Motor abstellen, tun dies 88 Prozent der deutschen Autofahrer (Pressemitteilung Goodyear 02/2002).

3. ÖSR UND UMWELT INTERNATIONAL

Zweimal USA und zurück

Persönliche Reiseeindrücke von Anselm Görres

Im März 2002 hatte mich der *Oregon Environmental Council* zu insgesamt vier Vorträgen in den als besonders grün geltenden Staat an der Pazifikküste eingeladen. Sechs Wochen später, im April 2002, war es die Ostküste, wo Janet Milne, Beiratsmitglied des FÖS, in Woodstock, Vermont, die *Third Annual Global Conference on Environmental Taxation* organisierte. Der folgende Bericht fasst subjektive Eindrücke und Höhepunkte beider Tagungsreisen zusammen.

„Darauf habe ich mein ganzes Leben gewartet“

Neben Vermont gilt Oregon als der US-Staat mit dem ausgeprägtesten Umweltbewusstsein. Nicht zuletzt seine idyllische Lage zwischen Pazifik und den Cascade Mountains, vom mächtigen Columbia durchflossen, mag dazu beitragen. Auch der Flug wirkte einstimmend: Die letzte Nachricht vor dem Abflug in Europa war die Entscheidung Ken Livingstones, für Autofahrten in Londons Inner City eine Maut zu erheben. Und bei der Landung in Seattle grüßten Schlagzeilen über eine Debatte zur Benzinsteuererhöhung des Staates Washington, immerhin um 4 Cents pro US Gallon, also ca. 1€-Cent je Liter.

In Oregon überraschte mich die Offenheit und Neugier, mit der das europäische Exportgut Ökosteuer aufgenommen wurde. Dabei bestand das Publikum der vier Veranstaltungen (drei in Portland, eine in Eugene) keineswegs aus eingefleischten Ökofreaks, sondern aus einer gut-bürgerlichen Mischung aus Geschäftsleuten, Wissenschaftlern und Politikern (lediglich beim Vortrag in der Universitätsstadt Eugene überwogen Studenten). Natürlich sorgten sowohl die Identität des Veranstalters wie der Inhalt für eine Mehrheit ökologisch aufgeschlossener Teilnehmer.

Dennoch war es eine positive Überraschung, wie stark dort die Überzeugung war, dass der von Bush eingeschlagene Weg der Ignoranz und Indifferenz in Ökodingen ein Irrweg ist, und wie sehr man akzeptierte, dass Amerika in Sachen Umweltpolitik allgemein und Ökosteuer speziell von Europa lernen kann. Als im Vortrag von der Wiederentdeckung der uramerikanischen Tugend der Sparsamkeit die Rede war, meldete sich ein achtzigjähriger Farmer deutscher Abstammung: Sein Leben lang habe er darauf gewartet, dass diese in seiner Jugend so wichtige Tugend und der Schutz der Natur wieder zu Ehren kämen.

Link: <http://www.orcouncil.org/Events/BusinessForum.htm>

Ein Professor für Buchhaltung gründet das erste weltweite Ökosteuerforum

Die internationale ÖkosteuerTagung in Vermont war schon die dritte. Begonnen hatte das Ganze im Juni 2000 in *Cleveland*, wo *Larry Kreiser* Accounting unterrichtet. Mit *Hope Ashiabor* (Australien), *Kurt Deke-telaere* (Belgien), *Alberto Majochi* (Italien) und *Janet Milne* (Vermont) fand er Mitstreiter aus der ganzen Welt, doch bis heute gibt es noch keine formelle Organisation für die bald schon fünf globalen Tagungen. Denn nach *Vancouver* (April 2001) und *Vermont* stehen mit Sydney (Juni 2003) und Pavia (2004) bereits die nächsten Tagungsorte fest.

Wie in Oregon unterschieden sich die drei bisherigen Tagungen zu *Environmental Taxation* überaus wohlthuend von der Polemik, ja Feindseligkeit, die die deutsche Ökosteuerdiskussion prägt. Auch bei heftigen Meinungsunterschieden in der Sache bleibt der nordamerikanische Diskussionsstil angenehm und humorvoll. Dazu passt, dass auch renommierte und etablierte Firmen zu den Sponsoren der Tagungsreihe zählen, wenn auch nicht sehr häufig, so etwa Arthur Anderson.

Schon den zwei bisherigen Tagungen war es gelungen, ein im positiven Sinne heterogenes Publikum aus

Academia, Business und *Government* anzuziehen. Aber sowohl in Bezug auf Quantität wie Qualität der Teilnehmer bildete Vermont einen gewissen Höhepunkt, namhafte Politiker und Forscher lieferten wichtige Beiträge.

Die thematische Gestaltung war durch den Versuch geprägt, durch präzise Fragen (*What works – what doesn't work?*) Fokussierung zu erzielen. Angesichts der Vielzahl der berührten Ökosteueransätze konnte dies nur begrenzt gelingen. Aber bereits darin lag die erste wichtige Botschaft der Konferenz: Von Sydney und Singapur über ganz Europa bis nach USA werden ökofiskalische Maßnahmen nicht nur diskutiert, sondern auch umgesetzt. Deutsche können aufatmen: Wir befinden uns nicht auf dem immer noch behaupteten *Alleingang*, ganz im Gegenteil!

Dennoch machte spätestens der Beitrag von *Jim Jeffords* jedem klar, dass auf Bundesebene der USA derzeit bestenfalls *Subventionen* für ökologisch Erwünschtes debattiert werden, und auch die nur in symbolischer Höhe. Jeffords war bis vor kurzem Gouverneur von Vermont und ist nun als Vorsitzender des Umweltausschusses einer der einflussreichsten Senatoren. Weltweit bekannt wurde er durch seinen Wechsel von den Republikanern zu den Demokraten, der jenen die Senatsmehrheit brachte.

Links: <http://www.greentaxes.org/notices.asp>, <http://www.vermontlaw.edu/elc/envirotax.cfm>
<mailto:hope.ashiabor@mq.edu.au>.

Ökosteuer kein Hindernis im internationalen Handel

Eine weitere wichtige (und viele überraschende) Botschaft kam von Daniel Esty. Der Professor für Umweltrecht und -politik in Yale betonte, dass Ökosteuern für den internationalen Handel nicht nur kein Hindernis darstellen, sondern sogar besonders WTO-kompatibel sein können. Machen sie doch die jeweilige Belastung der Importe oder Exporte in den meisten Fällen überaus transparent. Im Kontrast dazu sind viele andere Umweltinstrumente in ihrer ökonomischen Auswirkung schwer zu quantifizieren und gleichen damit anderen versteckten Handelshemmnissen. Zudem sieht Esty zunehmenden international Konsens, dass Ökosteuern in Verbindung mit einem Grenzausgleich (BTA – *border tax adjustment*) absolut regelkonform seien. Zustimmung fand er mit dieser These auch bei *Andrew Hoerner* (Washingtoner Experte für Ökosteuern und Welthandel) und *Zen Makuch* (Anwalt und Handelsexperte am *Imperial College* in London).

Links: <mailto:daniel.esty@yale.edu>, <http://www.eva.wsr.ac.at/energytalk/energiesteuer/biblio/lit55.htm>
http://www.wupperinst.org/wuppertal-bulletin/archiv-ausgaben96-97/WBd/WBd_2_96/WB_2_96_JL_NP_II_A.htm

Neo-Georgeisten und Neo-Physiokraten

In der zweiten Hälfte des 19ten Jahrhunderts war der amerikanische Politiker *Henry George* als Senator, Parteigründer und Präsidentschaftskandidat mit einer linkspopulistischen Mischung aus Kapitalismuskritik und Forderung nach hoher Besteuerung von Grund und Boden äußerst erfolgreich. Sein Konzept der Grundsteuer als nahezu einziger Steuer (*unique tax*) griff die alte Forderung der Physiokraten nach einem *impot unique* auf. Getreu ihrer Lehre, dass der Boden Quelle allen Reichtums sei, stellten die Physiokraten auch dessen Besteuerung in den Vordergrund. Gewiss haftet den heutigen Georgeisten, auf die man auf englischen oder amerikanischen Ökologie- und Ökosteuertagungen immer wieder stößt, mitunter eine Spur Sektierertum und eine heftige Prise Skurrilität an. Aber sie sind zugleich lebendiger Beweis dafür, dass die Auffassung, dass die Nutzung schöpferischer Naturkräfte eine Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwesen begründe, weit über den engen Kreisen der Ökosteuerfreunde hinaus geteilt wird. Überdies ergeben sich moderne Fortentwicklungen des *Georgeistischen* Denkens. So begrüßten viele die UMTS-Versteigerungen in Europa als Muster dafür, dass der Staat von ihm kontrollierte Ressourcen nicht kostenlos anbietet, sondern zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben nutzen sollte.

Unter dem Motto Skurrilität war zum Teil auch der Beitrag aus Singapur zu verbuchen. Nicht etwa deswegen, weil Singapur keine beeindruckenden Erfolge bei der Begrenzung des Autoverkehrs vorzuweisen hätte, im Gegenteil. Skurril war aber zum einen die Tatsache, dass dies der einzige Tagungsbeitrag war, der das Interesse der anwesenden Journalisten zu wecken vermochte. Zum anderen aber auch die Vielzahl zum Teil konkurrierender und überlappender Instrumente, mit dem die Behörden des Stadtstaats dem Autoverkehr Fesseln auferlegen. Nicht unbedingt ein Erfolg des Nobelpreisträgers *Tinbergen*, dem für *ein* Ziel meist auch *ein* Instrument genug schien. Für Zertifikatebefürworter mag die Singapurser Erfahrung zu denken geben,

dass die Begrenzung der verfügbaren Autolizenzen, die monatlich neu versteigert werden, zu enormen Schwankungen der Lizenzpreise geführt hat. Größter Schönheitsfehler des Singapur Modells bleibt bei allen beeindruckenden Erfolgen jedoch der undemokratische Charakter seiner Urheber. Es zeugt für die Höflichkeit der Amerikaner als Gastgeber, dass dieser kleine Makel unausgesprochen blieb.

Link: <http://www.angelfire.com/az/physiocrat/>

Tagung legt Mankos der Europäer und Deutschen offen

Das Fazit für die Vermonter Tagung insgesamt ist uneingeschränkt positiv: Ein erfreulicher Rahmen, perfekte und professionelle Organisation, stimulierende und kompetente Beiträge, viele hervorragende Referenten. Für die Europäer ergibt sich als erfreulicher Nebeneffekt, dass diese Tagungen mittlerweile zum informellen *Europäischen Ökosteuertforum* geworden sind – was zugleich das Fehlen einer genuin europäischen Ökosteuernorganisation überdeutlich macht. Unter sich diskutierten die Europäer unter anderem darüber, ob von der spanischen EU-Präsidentschaft noch echte Impulse in Richtung einer – vom Rat angeordneten – Realisierung der seit Jahren schwebenden Ökosteuerrichtlinie zu erwarten seien. Skeptiker gingen soweit, das Ausweichen von der Ökosteuern auf eine Zertifikateregelung zu befürworten, weil sich mit dieser – vielleicht – die Einstimmigkeitshürde umschiffen ließe.

Enttäuschend war die geringe Anzahl deutscher Teilnehmer. Kleine Staaten wie Dänemark, Irland, Holland waren mit größeren Delegationen vertreten als die westeuropäische Führungsnation. Angesichts der Vielzahl interessanter Themen, Teilnehmer und Tagungsorte ist für Sydney und Pavia eine wesentlich höhere deutsche Beteiligung anzustreben.

Wichtiger Schritt hin zu einer Ökologischen Finanzreform in Kanada

Mit dem Bericht „Toward a Canadian Agenda for Ecological Fiscal Reform“ hat der „National Round Table on the Environment and the Economy“ (NRTEE) einen wichtigen Schritt in Richtung Ökologische Finanzreform in Kanada getan. NRTEE ist ein nationales Forum, das seit vielen Jahren alle gesellschaftlichen Kräfte in den Bereichen Umwelt und Wirtschaft zusammenbringt. Den Report finden Sie unter:

http://www.nrtee-trnee.ca/Publications/EFR-Report-March-2002_E.pdf

Löchrig wie ein Schweizer Käse

Mit ihrem Plan, die ungeliebte rot-grüne Ökosteuern "mittelfristig" durch eine schadstoffbezogene Abgabe zu ersetzen, wollen die Unionsparteien umweltpolitisch punkten. Das Projekt hat jedoch eine große Unbekannte: die Europäische Union, in deren Rahmen CDU/CSU ihr Alternativkonzept einbauen wollen.

Der FR hatte der CDU-Umweltexperte Peter Paziorek gesagt, Rot-Grün habe die Ökosteuern seinerzeit "aus sachfremden fiskalischen Erwägungen" eingeführt. Im Falle eines Regierungswechsels werde die Union diesem "Alleingang" ein Ende bereiten und die Steuer durch eine wettbewerbsneutrale, "europaweit abgestimmte, harmonisierte und schadstoffbezogene Abgabe" ersetzen, kündigte er an. Bei genauer Betrachtung müssen Pazioreks Äußerungen wohl als konditioniert verstanden werden - will sagen: "europaweit abgestimmt" und "harmonisiert" soll im Klartext bedeuten, dass eine künftige schwarz geführte Bundesregierung ihre ökologischen Gesetzesvorstellungen erst dann in die Tat umsetzen würde, wenn von EU-Seite entsprechende Vorarbeiten geleistet worden wären. Da jedoch nationale Alleingänge von der Union abgelehnt werden, könnte der Umkehrschluss wohl nur lauten: Solange sich in Europa nichts tut, machen wir eben auch nichts.

Bei der Suche nach Pionierdiensten auf EU-Ebene sieht es jedoch derzeit düster aus. Von einem koordinierten Abgaben-System auf Grundlage von Schadstoff-Emissionen ist man in Brüssel weit entfernt. Planspiele aus dem Jahr 1990 zur Schaffung einer kombinierten CO₂-/Energiesteuer wurden Mitte der 90er Jahre mangels Einigungschancen beerdigt.

Etwas mehr Bewegung gibt es dagegen seit Kurzem auf europäischer Ebene beim Versuch, die zwischen den Mitgliedstaaten erheblich variierenden Mindeststeuersätze für fossile Energieträger einander anzugleichen. Den 15 Finanzministern gelang es in dieser Woche, die dabei seit 1997 bestehende Blockade etwas aufzuweichen. Geplant ist nun, bis Jahresende eine gemeinsame Richtlinie zu verabschieden.

Ob dieses Gesetzeswerk allerdings das von der CDU/CSU als Vorbedingung angemahnte Harmonisierungs-

niveau herbeiführen kann, darf bezweifelt werden. Die gegenwärtig in Brüssel diskutierten Kompromisspapiere klammern Umweltfragen praktisch vollständig aus und plädieren nur dafür, auf EU-Ebene für Benzin, Diesel, Heizöl oder Gas "Mindeststeuersätze" festzulegen. Bestimmte "energieintensive" Industriesektoren sollen aber völlig ausgenommen werden können. Daneben sollen einer Koordinierung skeptisch gegenüberstehende Staaten auch künftig die Möglichkeit bekommen, "sensible" Branchen von der Steuer zu befreien. Der zuständige EU-Kommissar Frits Bolkestein sah sich dieser Tage angesichts der Flut von Ausnahmeregelungen beim geplanten Energiesteuerkonzept an einen "Schweizer Käse" erinnert. Vieles spricht dafür, dass künftig auch europäische Regierungen ähnlich argumentieren und mit Verweis auf mangelnde europäische Abstimmung bei nationalen umweltpolitischen Maßnahmen Zurückhaltung üben (Frankfurter Rundschau-online, Michael Bergius, 10. 05.2002).

Lesen Sie dazu auch *CDU/CSU will Schadstoff-Abgabe an Treibhausgas-Ausstoß binden* unter *ÖSR-Diskussion in Deutschland*.

Pläne für eine EU-weite Energiesteuer-Harmonisierung zurück auf dem Tisch

Die Aussichten für eine EU-weite Energiesteuer-Harmonisierung sind wieder besser geworden. Spaniens Finanzminister legte Empfehlungen vor, bis zum Ende des Jahres einheitliche Mindeststeuersätze für die Mitgliedsstaaten festzusetzen. Allerdings wurde in der EU-Kommission aufgrund der Ausnahmeregelungen auch Kritik an der Empfehlung laut.

EU energy taxation talks back on the road

The prospects for EU rules on energy taxation took a major step forward in Brussels today when Spanish finance minister Rodrigo Rato presented fellow ministers with detailed proposals for a directive. The measure could be finalised by the end of this year.

Included are recommendations for minimum national excise duty rates on various fossil energy products plus electricity, to be introduced within four years (see table below). A long series of exemptions also proposed has already been criticised by the European Commission.

Spain's initiative follows an agreement by EU leaders in March that the directive should be adopted. Previously, Madrid had been the most vociferous opponent of the plan. Mr Rato said today that none of the minimum rates proposed would mean an increase in Spanish energy tax rates.

Environment Daily has obtained a copy of the unpublished proposals, which begin by outlining principles for an EU energy tax regime. Only energy used for heating or fuel, and not as a feedstock material, would be taxed. Taxes would be set at lower rates for businesses than for households. Also, there would be a special regime for diesel road fuel.

Member states would have the option of exempting electricity, gas and coal used by households and charities from all taxes. Several national industrial energy tax initiatives would be accommodated in a disposition allowing rebates for firms in energy-intensive sectors or that had voluntarily agreed to cut energy use. The net tax rate would still have to be higher than the minimum EU rate, except for firms in the cement, lime, glass and ceramics sector, where it could be lower.

All coal used for electricity generation, as a chemical reductant, in electrolysis and in the lime, cement, glass and ceramics production would be exempt from taxation. Member states where natural gas provides less than 15% of final energy consumption could exempt this from tax for up to ten years. Electricity from cogeneration and renewables could also be exempt from taxes.

Mr Rato said ministers had "welcomed" the plan. A high-level working group has been set up to discuss it and report back by the end of June. But EU internal market commissioner Frits Bolkestein criticised the recommendations as a "Gruyere cheese with too many holes". "It's the ambition that we shall get a [holeless] Edam cheese," he said (Environment Daily 1211, 07.05.2002).

Proposed EU minima for excise duties on energy products:

Used as fuels:		Tax in Germany
Leaded petrol	421 € / 1000 litres	690 € / 1000 litres
Lead-free petrol	359 € / 1000 litres	639 € / 1000 litres

Diesel	302 € / 1000 litres	455 € / 1000 litres
Diesel for road fuel	287 € / 1000 litres	455 € / 1000 litres
Kerosene	302 € / 1000 litres	624 € / 1000 litres
Liquid petroleum gas	125 € / 1000 kilograms	153 € / 1000 kilograms
Natural gas	2.6 € / gigajoule	3,3 € / gigajoule
Used for heating:		
Diesel (light fuel oil):	21 € / 1000 litres	61 € / 1000 litres
Heavy fuel oil:	15 € / 1000 kilograms	18 € / 1000 kilograms
Kerosene:	0 €	0 € / 1000 litres
Liquid petroleum gas:	0 € / 1000 kilograms	38 € / 1000 kilograms
Coal and natural gas:		
Professional purposes:	0.15 € / gigajoule	Coal: 0 € Natural gas: 1 € / gigajoule
Non-professional purposes:	0.30 € / gigajoule	Coal: 0 € Natural gas: 1 € / gigajoule
Electricity:		
Professional purposes:	0.50 € / megawatt hour	3.6 € / megawatt hour
Non-professional purposes:	1 € / megawatt hour	18 € / megawatt hour

Die Energiesteuern aller EU-Mitgliedsstaaten finden Sie unter

<http://www.environmentdaily.com/docs/taxes1.xls>

Deutschland und die EU hinterlegen Ratifizierungsurkunden zum Kyoto-Protokoll

Deutschland und die Europäische Union werden am 31.05. in New York ihre Ratifizierungsurkunden zum Kyoto-Protokoll bei der UNO hinterlegen. Mit dieser feierlichen Zeremonie vollziehen die EU-Länder den letzten Akt zur Ratifizierung des Klimaschutzabkommens. Die Vertreter der EU werden mit Generalsekretär Kofi Annan zusammentreffen, um die Bedeutung des Kyoto-Protokolls als Meilenstein für den internationalen Umweltschutz zu würdigen. Für Deutschland wird der Staatssekretär im Bundesumweltministerium Rainer Baake an der Zeremonie teilnehmen.

Rainer Baake bezeichnete die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch die EU als "historischen Tag für den Klimaschutz": "Zehn Jahre nach Rio muss die internationale Staatengemeinschaft beweisen, dass sie den Schritt vom Verhandeln zum Handeln getan hat und nun weltweit Maßnahmen zum Schutz des Klimas ergreift. Mit der Ratifikation des Kyoto-Protokolls werden wir dieser globalen Verantwortung gerecht. Wir leisten unseren Beitrag zu dem internationalen Ziel, das Kyoto-Protokoll bis zum Weltgipfel für Nachhaltigkeit in Johannesburg in Kraft zu setzen. Das Protokoll legt erstmals eine international verbindliche absolute Obergrenzen für die Emission von Treibhausgasen fest. Wir sind mit 18,7 Prozent Reduzierung im Vergleich zu 1990 auf dem besten Weg, unsere Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll (minus 21 Prozent bis 2008/2012) zu erfüllen."

Damit es in Kraft treten kann, muss das Protokoll von mindestens 55 Staaten ratifiziert werden, die ihrerseits mindestens 55 Prozent der CO₂-Emissionen der Industrieländer von 1990 auf sich vereinigen müssen. Das Kyoto-Protokoll tritt 90 Tage nach der Hinterlegung der letzten für das Inkrafttreten erforderlichen Urkunde in Kraft. Bisher haben bereits insgesamt 54 Staaten das Protokoll ratifiziert, darunter zwei Staaten, die sich im Rahmen des Kyoto-Protokolls zu konkreten Emissionsbegrenzungen verpflichtet haben. Mit der Ratifikation der EU (24,2%), der Ratifikation Russlands (17,4%), der Ratifikation Japans (8,5%) sowie den Ratifikationen aus Mittel- und Osteuropa von 7,4% werden mehr als 55% der 1990er- CO₂-Emissionen der Industrieländer erreicht. Japan wird voraussichtlich Anfang Juni 2002 ratifizieren und mit der EU einen wichtigen Beitrag leisten. Aber auch Entwicklungsländer leisten ihren Beitrag, das parlamentarische Verfahren in Südafrika ist abgeschlossen, in Brasilien wird die Ratifikation für Juni 2002 erwartet. Indien, Süd-Korea und China wollen ebenfalls bis Johannesburg ratifizieren.

Staatssekretär Rainer Baake: "Ich appelliere nochmals an die anderen Industriestaaten, ihren Beitrag zum In-

krafttreten des Kyoto-Protokolls zu leisten. Insbesondere von Kanada und Russland erwarte ich spätestens in Johannesburg ein klares Bekenntnis, dass Protokoll zu ratifizieren. Die Welt erwartet von uns, dass wir beim Gipfel in Johannesburg Gewissheit haben, dass das Protokoll 10 Jahre nach Rio in Kraft tritt." (Pressemitteilung des BMU, 30.05.2002).

ExxonMobil als Verlierer des Klimawandels?

ExxonMobil Corp, die größte Ölfirma der Welt, bezeichnet einen Bericht als "lächerlich", dass ihr Aktienwert im Zusammenhang mit dem Klimawandel sinken könnte. Der Report geht davon aus, dass die Verbindung des Ölriesen mit dem Klimawandel diesen zukünftig teuer zu stehen kommen wird, wenn er versäumt, in erneuerbare Energien zu investieren und die Abhängigkeit vom Öl nicht beendet.

ExxonMobil Corp, the world's biggest oil company, labelled as "ridiculous" a report by a group of dissident investors that the company's stance on global warming hurt shareholder value. The report, written by Mark Mansley of Claros Consulting, said the oil giant's approach to climate change could cost the company dearly in the future if it failed to diversify into renewable energy and end its dependence on big oil.

"It's ridiculous to suggest that ExxonMobil's approach to climate change is diminishing shareholder value," the company said in a statement, adding that ExxonMobil took climate change very seriously. ExxonMobil logged sales of \$213 billion last year, and netted \$15 billion in profit, slightly below the previous year's record taking. The report published on Thursday states that Exxon is perfectly positioned to champion climate change concerns without compromising big profits.

A former director of Chase Investment Bank, Mansley argues that Exxon should capitalise more on its huge reserves of gas, which is cleaner than both oil and coal, revenue from emissions trading schemes, and diversify into renewable energy sources such as wind, solar and wave power. Mansley also favours the idea of a tax on carbon, where the revenue from the tax is given back to energy companies to invest in renewables. That, he says, could be designed to be "revenue neutral" for the companies or even create a net surplus.

The oil giant has fought tooth and nail against mandatory reductions in carbon dioxide emissions, questioning the science behind global warming and a worldwide treaty on climate change - the Kyoto Protocol.

Mansley sees a risk that oil companies could be held legally responsible for global warming, and become subject to litigation in the same way that tobacco companies have been forced to pay billions of dollars compensation to sick smokers.

"The risks ExxonMobil is exposing itself to are far greater than the risks the company faces from any likely policies to reduce emissions," his report reads. Mansley thinks the company could lose up to \$50 billion from damaged reputation alone. "In years to come, the legal costs could amount to between \$200 million-\$1 billion a year if the tobacco industry is any guide." He said that establishing liability for global warming is still years away, but said that if oil companies were found to be liable, the damages could potentially exceed \$100 billion. By contrast, he said the cost of what he called "reasonable climate change policies" could be as little as \$2 billion.

Exxon said it had already taken action on a global basis to improve energy efficiency, reduce its own emissions and help develop technologies that offer solutions. A spokesman said the company has held an anti-Kyoto Protocol stance, consistent with the United States, and has not invested in renewable energy as it believes the cost-benefit analysis simply does not add up. This has led to it being unfairly targeted by environmentalists, he added. Exxon's rivals Shell and BP have recently hiked in renewable energy projects.

ExxonMobil said the group which commissioned the study proposed green energy resolutions at company meetings for many years but they have been overwhelmingly rejected.

The investors who commissioned the report, shareholder activist, Robert A. G. Monks, the Coalition for Environmentally Responsible Economies, and Campaign Exxon Mobil, own roughly two million shares in Exxon. Last year a resolution they tabled at the annual general meeting was supported by 8.6 percent of investors, or roughly \$26 billion worth of stock (Reuters News Service, May 6, 2002).

George W. Bush weiter gegen Klima- und Umweltschutz

Das Klimaschutzprotokoll von Kyoto wird ohne die USA in Kraft treten. Das japanische Parlament hat als

55. Land beschlossen, das Protokoll zu ratifizieren. Wenn 55 Staaten, die zusammen auch mehr als 55 Prozent aller CO₂-Treibhausgase emittieren, zustimmen, tritt das Protokoll in Kraft.

Das 1997 in der japanischen Stadt Kyoto beschlossene Klimaprotokoll verpflichtet die Industriestaaten, ihre Schadstoffemissionen bis 2012 um 5,2 Prozent gemessen an 1990 zu reduzieren. Deutschland hat 21 Prozent Reduktion zugesagt, was hauptsächlich wegen des Zusammenbruchs der DDR-Wirtschaft nach 1990 erreichbar ist. Bis heute sind etwa 16 Prozent bereits reduziert.

Die USA versuchten bis zuletzt, Japan von einer Unterschrift abzuhalten. Vergeblich. Damit wird eine neue Linie in der internationalen Politik deutlich: Wenn möglich, stimmt die internationale Staatengemeinschaft zusammen mit den USA, wenn nötig, aber auch ohne sie.

Bushs Ignoranz beim Klima- und Umweltschutz wird auch von Mitarbeitern der US-Umweltbehörde (EPA) beklagt. Der Präsident hat engagierte Umweltschützer an der Spitze der EPA entlassen oder kaltgestellt. Auch Umweltgesetze, die noch von der Clinton-Administration auf den Weg gebracht wurden, werden jetzt wieder rückgängig gemacht.

Bushs Amtszeit wird für den Umweltschutz eine verlorene Zeit. (Franz Alt – <http://www.sonnenseite.com>). (<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/bushgegenklimaschutz.shtml>)

Streit um Dieselsteuer-Subventionen für Transportunternehmen

Die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten möchten verhindern, dass die EU-Kommission die bestehenden Dieselsteuer-Subventionen für Transportunternehmen in Italien, Frankreich und den Niederlanden kappt. Dies wurde gegen die Zustimmung für die Kohlesubventionen „erkaufte“.

States confirm backing for diesel tax breaks

EU governments today confirmed a decision preventing the European Commission from overruling the introduction by three countries of diesel tax subsidies to hauliers. The Commission could now challenge the council of ministers in the European court of justice, a spokesperson told Environment Daily.

As we reported yesterday, the controversy is rooted in tax concessions offered to lorry drivers by France, Italy and the Netherlands following a wave of protests against high oil prices. The Commission was ready to use its powers under EU state aid rules to overrule the subsidies until member states rebelled.

Under the EU treaty's article 88, member states are allowed to block the Commission from ruling in a state aid case if they agree unanimously that "exceptional circumstances" justify the state aid being challenged.

In a statement today the council of ministers said that such exceptional circumstances did exist, implying that these were related to "economic and social difficulties of the road transport sector". It is this judgement that the Commission will be challenging if it decides to see the council in court (Environment Daily 1209, 03.05.2002).

Grünes Licht für Luxemburgs Schwefelsteuerspreizung

Der Rat der Europäischen Union hat Luxemburg grünes Licht für die Einführung einer Schwefelsteuerspreizung. Luxemburg will dem Beispiel Deutschlands, Großbritanniens, Belgiens und der Niederlande folgen und Benzin mit höherem Schwefelgehalt höher zu besteuern.

Luxembourg cleared to back low-sulphur fuel

The EU's smallest state has received official clearance to follow several of its larger neighbours and introduce a tax differential in favour of road diesel containing under 50 parts per million (ppm) sulphur. Germany, the UK, Belgium and the Netherlands are already taking similar steps. All the measures are designed to speed the market introduction of low-sulphur fuels. The 50ppm benchmark will become the legal norm across the EU on 1 January 2005 under the 1998 fuel quality directive (Environment Daily 1219, 22.05.2002).

Michigan will Führungsrolle bei regenerativen Energien

Michigans Gouverneur John Engler hat seinen „NextEnergy“-Plan vorgestellt, der die Schaffung von steuerfreien Flächen für die Entwicklung regenerativer Energietechnologien vorsieht. Mit Hilfe dieses Projektes soll Michigan weltweit eine Führungsrolle in diesem Sektor erreichen.

Michigan Governor Unveils „NextEnergy“ Plan

Hoping to make Michigan a world leader in the development of alternative energy technologies, Michigan Gov. John Engler (R) has unveiled a comprehensive economic development plan called "NextEnergy" that would promote the alternative energy industry in the state. The plan calls for the creation of a 700-acre tax-free zone near Ann Arbor to attract alternative energy companies. On introducing the plan, Engler said that the market for fuel cell products is expected to grow to \$95 billion by 2010. He also cited Michigan's dependence on jobs in the manufacture of the internal combustion engine and the likely replacement of that technology by new technologies as reasons to get a jump-start on luring the alternative fuel industry to the state. Companies involved in the research, development, or manufacture of such technologies would be exempt from the state business, property, sales, and use taxes. The plan also calls for the creation of a NextEnergy Development Fund to provide venture capital seed funds to alternative energy companies (Tax Analysts, State Tax Overview, April 25, 2002). The press release is available at <http://www.michigan.gov/emi/1,1303,7-102--28227--,00.html> (Tax News Update, Vol. 22 No. 4, 30.04.2002).

Erste CO₂-Begrenzung in New Hampshire/USA

New Hampshire hat als erster Staat in den USA CO₂ innerhalb eines Emissionsverminderungsprogrammes einbezogen.

New Hampshire Cap-and-Trade System Would Curb Carbon Emissions

The final legislative version of New Hampshire's multi-pollutant reduction program to regulate power-plant emissions (HB 284) is the first in the country to include carbon dioxide emissions. The program outlined in the bill caps emissions at their current levels and establishes a system of emissions credits which can be traded among power generators. The legislation establishing the new system anticipates lowering the carbon emissions cap in 2010. It is scheduled to take effect July 1, 2002. For the text of the bill, see: <http://www.gencourt.state.nh.us/legislation/2002/hb0284.html> (Tax News Update, Vol. 22 No. 5, 07.05.2002).

Irlands Grüne schlagen Energiesteuer vor

Um eine nachhaltige Entwicklung zu fördern und die Lebensqualität der Iren zu bessern, hat die Grüne Partei Irlands eine Energiesteuer vorgeschlagen.

Ireland Party Proposes Additional Energy Tax

Ireland's Green Party has unveiled its pre-election platform, including the addition of a three-percent energy tax. According to party leader Trevor Sergent, the energy and other tax changes are designed to improve Irish citizens' quality of life and encourage sustainable development. Under the plan, the revenue from the energy tax would be spent on public transportation and energy conservation (Tax News Update, Vol. 22 No. 5, 07.05.2002).

US-Subventionen für Biodiesel

Ein neues Gesetz gewährt Produzenten von Ethanol und Biodiesel Subventionen in Höhe von 204 Mio. \$ innerhalb der nächsten vier Jahre. Zudem soll die Energieeffizienz und die Benutzung von Erneuerbaren Energien im Agrarsektor gefördert werden.

Farm Bill's Energy Title Boosts Biofuel and Renewable Energy Markets

The farm bill President Bush signed last week included a number of provisions designed to increase energy efficiency and renewable energy resources in the agriculture industry. Title IX of the bill, which specifically addresses energy, provides \$204 million in subsidies over the next four years for producers of fuel-grade ethanol and biodiesel. It also provides \$5 million to educate consumers about biodiesel and \$6 million to establish a new program to encourage the purchase of biobased products by federal agencies.

The bill also encourages farmers to be more energy-efficient and to use renewable energy systems, including wind energy systems, by providing \$115 million over the next five years for low-interest loans, loan guarantees, and grants. In addition, it would allow wind energy and bioenergy projects on Conservation Reserve Program lands when compatible with the program's established conservation goals. According to Carol Werner, Executive Director of the Environmental and Energy Study Institute (EESI), which conducted an

analysis of the bill's energy provisions, "Developing our nation's on-farm renewable resources is key to diversifying our energy market, enhancing national security, and protecting our environment, and...spurring development of new businesses and jobs..." (Tax News Update, Vol. 22 No. 7, 21.05.2002).

(EREN Network News, May 15, 2002; Environmental and Energy Study Institute, May 2, 2002). See the Department of Agriculture's press release at:

<http://www.usda.gov/news/releases/2002/05/0189.htm>.

To read a summary of the Farm Bill, see:

<http://www.senate.gov/~agriculture/Briefs/2001FarmBill/conframe.htm>.

The EESI website is: <http://www.eesi.org/>.

Wird Russlands Teilnahme am Kyoto-Protokoll diesem zum Verhängnis?

Da Russlands Emission weit unter seinem Kyoto-Ziel liegen, könnte z.B. die EU russische Kontingente auskaufen und alleine damit – also ohne seine eigenen Emissionen vermindern zu müssen – seine Reduktionsziele erreichen.

Russian Ratification, Emissions Credits Called Vital to Kyoto Treaty

Russian participation in the Kyoto Protocol on climate change could ultimately determine its fate, according to Daniel Reifsnyder, Director of the U.S. State Department's Office of Global Climate Change. Reifsnyder's comments last week at a D.C. Bar and American Bar Association luncheon reflect the new-found leverage of countries like Russia now that the United States itself has pulled out of the treaty. Other experts point out that, aside from the simple ratification by Russia that could finalize the protocol, the more complex matter of excess, tradable emissions expected to be held by Russia and the European ability to buy them -- especially with reduced demand due to U.S. withdrawal -- may also determine how or whether Kyoto works.

Since Russian emissions are already much lower than the treaty's target, the government hopes to profit by selling emission credits. Some experts think the European Union will not have to do anything beyond buying Russian credits to meet the Kyoto targets, said Donald Goldberg, a senior attorney for the Center for International Environmental Law. Although he said the math is unclear on that point, Goldberg added that U.S. withdrawal from Kyoto has taken pressure off the EU to make domestic reductions (Greenwire, May 15, 2002) (Tax News Update, Vol. 22 No. 7, 21.05.2002).

Interview mit Kai Schlegelmilch in „El País“

Am Rande der Tagung „Políticas Europeas de Cambio Climático“ in Madrid führte die spanische Tageszeitung das folgende Interview mit Kai Schlegelmilch, stellvertretendem Vorsitzenden des FÖS:

http://www.elpais.es/articulo.html?d_date=20020607&xref=20020607elpepisoc_11&type=Tes&anchor=elpepisoc

4. AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER

Was bringt die Ökosteuer für die Umwelt?

Der BMU hat eine übersichtlich und prägnant gestaltete Broschüre mit Fragen und Antworten rund um die Ökosteuer herausgebracht. Sie setzt sich mit der Notwendigkeit einer ökologischen Steuerreform auseinander und beantwortet Fragen nach Art und Höhe der Besteuerung, sowie nach dem Verbleib der Abgaben. Außerdem weist sie auf die positiven Effekte für die Umwelt hin.

Die Broschüre kann im Internet unter: <http://www.bmu.de/infos/bestell.php> kostenlos auch in größeren Stückzahlen angefordert werden.

Zweiter Newsletter des EEB zur „Environmental Fiscal Reform“

Das European Environmental Bureau (EEB) hat seinen zweiten Newsletter zur „Environmental Fiscal Reform“ herausgegeben. In ihm wird das Argument widerlegt, dass eine ökologische Finanzreform die Wett-

bewerbsfähigkeit beeinträchtigt. Zudem befasst sich der Newsletter mit Nachrichten über verwandte Themen in der EU und natürlich den Neuigkeiten der EEB-Kampagne. Den gesamten Newsletter finden Sie unter <http://www.ecotax.info/newsletter2%20.pdf>

Neue Broschüre aus Dänemark

The Danish Ecological Council hat eine Broschüre in Englisch über "Instruments for Sustainable Development - Green tax reform, Green public Procurement and Ecolabelling" vor zwei Monaten veröffentlicht. Sie können es sich unter <http://www.ecocouncil.dk> herunterladen.

Broschüre: "Da ist doch viel mehr drin, Herr Minister"

Im Herbst 2001 wurde vom Bundeswirtschaftsministerium ein Energiebericht veröffentlicht, der nicht nur eine Analyse des derzeit Erreichten darstellt, sondern mit seinen Zukunftsbetrachtungen zur Diskussion anregen will. Dies gilt insbesondere für die Abbildung eines Klimaschutzpfades bis zum Jahr 2020, der aber vom Bericht als zu teuer und damit volkswirtschaftlich nicht realisierbar dargestellt wird.

In der Broschüre setzt sich die Energieabteilung des Wuppertal Instituts kritisch mit dem Energiebericht auseinander und stellt diesem eigene Konzepte und Ansätze gegenüber (Autoren: Fishedick, Hanke, Kristof, Lechtenböhrer, Thomas).

Die Broschüre kann, gegen Übersendung eines mit 1,53 Euro frankierten Din-A-4-Rückumschlages, bezogen werden über: Dorle Riechert, Öffentlichkeitsarbeit, Wuppertal Institut, Döppersberg 19, 42103 Wuppertal, Tel. 0202/2492-180.

Überblick zur Klimapolitik in IEA-Ländern

Die Internationale Energie Agentur (IEA) hat in Kooperation mit der OECD die Klimapolitik ihrer Mitgliedsstaaten untersucht und in einer 134-seitigen Broschüre veröffentlicht. Die Studie umfasst eine Auflistung aller getroffenen Maßnahmen der einzelnen Länder sowie eine generelle Analyse klimapolitischer Instrumente. Dabei wird deutlich, dass den Mitgliedstaaten zwar eine große Bandbreite von Maßnahmen zur Verfügung steht, diese aber bei weitem nicht von allen Ländern ausgeschöpft wird. Die Zusammenstellung schließt mit einer Vielzahl von weiterführenden Internetadressen zu jedem Land. Eine empfehlenswerte Studie für Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft, die dafür mehr als 100 Euro ausgeben wollen.

Die Broschüre kann beim OECD- Büro in Bonn bestellt werden.

OECD Bonn Office, August-Bebel-Allee 6, 53175 Bonn, eMail: <mailto:bonn.contact@oecd.de>, <http://www.oecd.org/deutschland>

5. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN

Hoher Ölpreis löst Boom bei Biodiesel aus - Produktionskapazität in Deutschland steigt auf Rekordhöhe

Die hohen Ölpreise in den Jahren 2000 und 2001 haben in Deutschland einen Boom beim Biodieselsatz ausgelöst. Die Folge ist ein steigender Bau neuer Produktionsanlagen zur Herstellung von Biodiesel. Nach einer Umfrage des Internationalen Wirtschaftsforums Regenerative Energien (IWR), Münster, standen in Deutschland Ende 2001 Biodieselanlagen mit einer Jahres-Produktionskapazität in Höhe von 480.000t (2000: 240.000 t) zur Verfügung.

"Im Jahr 2002 gehen nach dem gegenwärtigen Stand unserer Untersuchung in Deutschland noch einmal Biodieselanlagen mit einer Leistung von knapp 400.000 t in Betrieb, so dass Ende 2002 die Jahres-Produktionskapazität auf knapp 900.000 t ansteigt", sagte IWR-Leiter Dr. Norbert Allnoch. Damit könnte der Anteil des Biodiesels am jährlichen Dieselsatz in Deutschland (rd. 29 Mio t) auf rund 3% ansteigen, erläuterte Allnoch. Biodiesel wird aus Raps hergestellt und ist auf Grund der Mineralölsteuerbefreiung günstiger als herkömmlicher Diesel. Nach dem monatlich vom IWR herausgegebenen IWR-Biodieselpreisindex (Erhebungszeitpunkt: Mitte eines Monats) beträgt der mittlere bundesweite Biodieselpreis derzeit 0,749 Euro pro Liter gegenüber 0,838 Euro für herkömmlichen Diesel. Eine Liste der Biodieseltankstellen in Deutsch-

land (nach Postleitzahl) sowie den IWR-Biodieselpreisindex finden Sie im Internet unter: <http://www.iwr.de/biodiesel>. (B.A.U.M. @-Mail News Nr. 23 vom 13.05.02).

Deutschland auf dem Weg zur Nachhaltigkeit: Wirtschaftswachstum bei weniger Umweltverbrauch

Deutschland ist auf dem Weg zur nachhaltigen Entwicklung gut vorangekommen: Das Statistische Bundesamt hat festgestellt, dass der Umweltverbrauch bei steigendem Wirtschaftswachstum gesunken ist. Insgesamt nimmt die Bundesrepublik im Umweltschutz nach wie vor einen Spitzenplatz ein. Dies ist das Ergebnis der umweltökonomischen Gesamtrechnungen. Konzeptionelle Grundlagen für diese Modellrechnungen liefert der wissenschaftliche Beirat Umweltökonomische Gesamtrechnung auch in seinem jüngsten Gutachten, das er heute in Berlin an Bundesumweltminister Jürgen Trittin übergeben hat. "Eine wirksame Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung kann nur mit verlässlichen Informationen über die Wirtschafts- und Umweltentwicklung in Deutschland gelingen. Mit den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen ist erstmals ein Handwerkszeug geschaffen worden, das wichtige Datengrundlagen liefert. Dazu hat der Beirat maßgeblich beigetragen", sagte der Minister.

So stellte das Statistische Bundesamt in seinen umweltökonomischen Gesamtrechnungen Ende 2001 fest, dass das Bruttoinlandsprodukt zwischen 1991 und 2000 preisbereinigt um rund 15 Prozent gestiegen ist. Gleichzeitig ging im gleichen Zeitraum der Verbrauch an Umweltressourcen wie Energie, Rohstoffe (jeweils -2 Prozent) und Wasser (-11 Prozent) zurück. Auch der Ausstoß an Kohlendioxid, Schwefel- und Stickoxiden wurde deutlich reduziert.

Allerdings erhöhte sich der Flächenverbrauch um rund 8 Prozent und liegt gegenwärtig bei rund 129 Hektar pro Tag. "Der Trend zur zunehmenden Flächenversiegelung muss umgekehrt werden. Deshalb haben wir uns in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel gesetzt, den Flächenverbrauch bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu begrenzen. Bund, Länder und Kommunen müssen dazu Strategien und geeignete Instrumente entwickeln. Die vorliegenden Ergebnisse der umweltökonomischen Gesamtrechnungen zeigen aber, dass wir insgesamt die richtigen Weichenstellungen im Umwelt- und Klimaschutz vorgenommen haben", sagte Jürgen Trittin.

Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) werden seit Ende der 80er Jahre beim Statistischen Bundesamt entwickelt und ausgebaut. Sie liefern u.a. bundesweite langfristige Trendbeschreibungen und Datenanalysen zum Natur- und Ressourcenverbrauch im Verhältnis zum Wirtschaftswachstum. Auch ökologisch wichtige Trends - etwa in der Veränderung des Konsumverhaltens bzw. in der Wirtschaftsstruktur - lassen sich mit Hilfe der Daten erkennen.

Die 4. Stellungnahme des Beirats Umweltökonomische Gesamtrechnungen wird in Kürze im Internet unter <http://www.bmu.de> erhältlich sein. Ergebnisse der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes sind unter <http://www.destatis.de> zu finden (BMU Pressedienst Nr. 114/02; Berlin, 15. Mai 2002).

EU-Kommission: Deutsches Öko-Strom-Gesetz akzeptiert

Die EU-Kommission akzeptiert nach jahrelangem Streit die deutschen Gesetze zur Förderung des Ökostroms ohne Abstriche. Die Abnahmepflicht für Strom aus erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung zu Mindestpreisen sei keine unerlaubte staatliche Beihilfe, urteilte die europäische Wettbewerbsbehörde in Brüssel. Die deutschen Gesetze behandelten öffentliche und private Unternehmen gleich.

Seit einem Jahr hatte die Kommission mehrere Beschwerden gegen die deutschen Gesetze über erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung aus dem Jahr 2000 geprüft. Die Behörde bezog sich auf ein Grundsatzurteil des Europäischen Gerichtshofs vom März 2001 über die Vorgängerregelung, das Stromeinspeisungsgesetz. Demnach verstößt die Bevorzugung von Strom aus Wind, Wasserkraft oder Sonnenlicht nicht gegen EU-Recht.

Ungeachtet dieses Urteils hatte Wettbewerbskommissar Mario Monti im vergangenen Sommer bei Bundesfinanzminister Hans Eichel Vorbehalte gegen die deutschen Gesetze angemeldet. Brüssel hatte außerdem das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz kritisiert, das die überwiegend kommunalen Kraftwerke vor den Folgen des Preisverfalls schützen soll (Homepage von Franz Alt, <http://www.sonnenseite.com>, 27.05.2002).

Kohlesubvention: Ein Verbrechen an künftigen Generationen

Steinkohle und Braunkohle sind Klimakiller und ihre Förderung kostet dem deutschen Steuerzahler Milliarden Euro jährlich. Sowohl Bundeskanzler Schröder wie auch sein Wirtschaftsminister Werner Müller und NRW-Ministerpräsident Wolfgang Clement wollen weiterhin die Kohleförderung in Deutschland massiv finanziell fördern. Das ist ökonomisch wie ökologisch unsinnig - ein Verbrechen an den künftigen Generationen. Steinkohle und Braunkohle sind Klimakiller und ihre Förderung kostet dem deutschen Steuerzahler Milliarden Euro jährlich - seit vielen Jahrzehnten.

Interessant ist, dass auch in den beiden Kohleländern NRW und Saarland in der Bevölkerung der Widerstand gegen Kohleabbau wächst. Deutsche Steuerzahler zahlten 1995 pro Jahr noch fünf Milliarden Euro für die Kohle. 2005 werden es immer noch 2,8 Milliarden Euro sein. Und danach?

Die oben genannten Spitzenpolitiker wollen die weitere Förderung bis 2020. Ein anderer Spitzenpolitiker hat sich längst von der Kohle verabschiedet: Peter Müller in Saarland. Der CDU-Mann hat schon 1998 im Wahlkampf gesagt: "Kohle hat keine Zukunft." Er setzt nicht mehr auf Kohlehilfe aus Brüssel, sondern auf Strukturhilfen für Zukunftstechnologien. Auch Ronald Pofalla, CDU-MdB in NRW, setzt auf den "endgültigen Kohleausstieg" bis 2010. Auch die NRW-Grünen stehen in Sachen Kohle in der CDU als bei der SPD.

Die Deutsche Steinkohle AG will bis 2020 unter Dinslaken, Duisburg und Voerde noch 50 Millionen Tonnen Steinkohle abbauen. Dagegen gab es jetzt über 13.000 Einwendungen aus der Bevölkerung - für NRW eine Art Kulturrevolution. 2002 arbeiten noch zirka 50.000 Menschen bei der Kohle. Bei Erneuerbaren Energien bereits 120.000. Braunkohle, die in Garzweiler II gefördert werden soll, könnte durch 6000 Windräder in NRW ersetzt werden (Homepage von Franz Alt, <http://www.sonnenseite.com>).

Emissionshandel mit Hindernissen

Ein internationaler Markt für den Emissionshandel ist zunehmend erkennbar, wird aber noch durch fehlende Standards und die Untätigkeit der US-Regierung behindert. Dies ist eines der Ergebnisse der Studie „The Emerging International Greenhouse Gas Market“, die das amerikanische Pew Center on Global Climate Change im März 2002 veröffentlicht hat. Das Kyoto-Protokoll, erste nationale Handelssysteme in Europa und unternehmens-interne Handelssysteme seien die treibenden Faktoren dieser Entwicklung. Der Emissionshandel sei die geeigneteste Politik („policy of choice“), den Klimawandel zu bekämpfen, so die Autoren der Studie.

(<http://www.pewclimate.org/projects/trading.cfm>).

6. BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE

Ökologische Finanzreform als zentrales Projekt für die nächste Wahlperiode

Am 6. Juni veröffentlicht der BUND seine Kernforderungen an die Parteien zur Bundestagswahlen. Zentraler Bestandteil sind die Forderungen zur Fortführung der ökologischen Finanzreform, die wir hier auszugsweise vorab veröffentlichen:

Der Einstieg in die ökologische Steuerreform war eines der wichtigsten Projekte der rot-grünen Koalition, zugleich aber auch eines der umstrittensten. Nach mehreren Anti-Ökosteuer-Kampagnen der Opposition haben der Bundeskanzler und Teile der SPD einer Fortführung der ökologischen Steuerreform in der bisherigen Form eine Absage erteilt. Dennoch herrscht innerhalb der Koalition und unter der Mehrheit der Fachöffentlichkeit breite Übereinstimmung, dass die ökologische Steuerreform als effizientes umweltpolitisches Instrument unverzichtbar ist. Erste Erfolge bestätigen dies, wie der Rückgang des Benzinverbrauchs zwischen 1999 und 2001 und der Anstieg der Beförderungsleistung der Bahn, die zumindest zum Teil der Reform zu verdanken sind. Die Bundesregierung muss die Erhöhungsschritte auch nach 2003 fortsetzen, damit das Energiesparen kein Einmaleffekt bleibt.

Zielgrößen

- Fortführung und Verbesserung der Ökosteuer

- Erweiterung der ökologischen Steuerreform durch eine Reform der
- Grundsteuer und die Einführung einer Versiegelungsabgabe
- Umfassende ökologische Finanzreform durch Ab- und Umbau umweltschädlicher Subventionen

Maßnahmen

1. der BUND fordert die Fortführung der ökologischen Steuerreform mittels jährlicher Erhöhungsschritte bei der
 - Mineralölsteuer um mindestens 5, maximal 15 Cent pro Liter und Jahr in Abhängigkeit von den Weltmarktpreisen und den Fortschritten in den Nachbarländern,
 - Stromsteuer um 0,25 Cent pro kWh und Jahr,
 - Heizöl- und Erdgassteuer um 2 Cent pro Liter Heizöläquivalent und Jahr.

Schritte in dieser Größenordnung sind notwendig, damit sich der Energieverbrauch tatsächlich spürbar verringert. Sie sind zugleich aber so moderat, dass sich Haushalte und Unternehmen anpassen können, ohne wirtschaftlich überfordert zu werden. Die Einnahmen aus den Ökosteuern sollen durch Steuer- und Abgabensenkungen vollständig an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben werden. Die ökologische Steuerreform ist keine zusätzliche Belastung, sondern schichtet die notwendigen Steuern um. Die nächste Bundesregierung sollte die nächsten Ökosteuer-Stufen im Laufe des Jahres 2003 vorab bis mindestens 2007 gesetzlich regeln, um die Planbarkeit für Investoren zu gewährleisten. Die Ökosteuer-Ermäßigungen für das produzierende Gewerbe müssen erheblich abgebaut werden, soweit die Anlagen nicht von einem verbindlichen europäischen Emissionshandel erfasst sind.

2. Der BUND fordert darüber hinaus eine Erweiterung der ökologischen Steuerreform durch eine ökologische Reform der Grundsteuer, um den hohen Flächenverbrauch zu verringern.
3. Ökologische Finanzreform: Was die Bundesregierung mit der ökologischen Steuerreform auf der Einnahmenseite erreicht hat, soll sie durch eine ökologische Umgestaltung der Subventionen und des Staatshaushalts auf der Ausgabenseite konsequent fortsetzen. Der BUND fordert den Ab- und Umbau folgender Subventionen bis 2006:
 - Die Eigenheimzulage für Neubauten muss umgewandelt und auf die Sanierung und Modernisierung des Wohnungsbestandes statt auf die Förderung des Neubaus ausgerichtet werden.
 - Die Entfernungspauschale: Mit ihrem bisherigen Niveau in Höhe von 35 bis 40 Cent pro Entfernungskilometer ist Deutschland weltweit Spitzenreiter in der Pendlersubventionierung. Diese Förderung der Abwanderung von den Städten ins Umland führt zu noch mehr Verkehr und gehört daher schnell abgebaut. Ein Teil der freiwerdenden Mittel könnte für ein zielgerichtetes Pendlergeld für Auszubildende und Berufstätige mit geringem Einkommen eingesetzt werden.
 - Die Subventionen für den Steinkohlebergbau: Die Bundesregierung muss sie beschleunigt abbauen, denn die eingesetzten Finanzmittel stehen in keinem vernünftigen Verhältnis zu den nur noch wenige Jahre gesicherten Arbeitsplätzen. In der nächsten Wahlperiode sind die Entscheidungen zu treffen, damit die Steinkohlesubventionierung bis 2010 ausläuft. Öffentliche Mittel zur Erleichterung des Strukturwandels in den betroffenen Regionen sollen verstärkt zur Förderung von Umwelttechnologien und -dienstleistungen eingesetzt werden.
 - Die nächste Bundesregierung muss sich auch auf EU-Ebene für konkrete Fortschritte beim Subventionsabbau und -umbau einsetzen. Das betrifft insbesondere die Agrarsubventionen, die Strukturförderungsmittel und die Steuerbefreiungen für den Luftverkehr.

Hintergrund

Die ökologische Finanzreform ist kein Ziel an sich, aber ein unverzichtbares Instrument, um die klima-, energie- und verkehrspolitischen Ziele zu erreichen. Ökosteuern und der Ab- und Umbau ökologisch schädlicher Subventionen sorgen im Konzert mit den anderen umweltpolitischen Instrumenten dafür, dass die umweltpolitischen Ziele möglichst kostengünstig erreicht werden. Vor allem sind höhere Energiepreise der

beste Anreiz für einen sparsamen und damit umweltfreundlichen Verbrauch.

Die nächste Bundesregierung braucht in erster Linie mehr Selbstbewusstsein und mehr politischen Weitblick, um das richtige Konzept der ökologischen Steuerreform auch gegen Widerstände durchzusetzen. Änderungen im Detail zur Erhöhung der ökologischen Lenkungswirkung (z. B. Steuerbefreiung für Strom aus erneuerbaren Energien) können dazu beitragen, dass die Akzeptanz steigt. An dem Grundkonzept einer breiten Bemessungsgrundlage und stetig steigenden Steuersätzen im Energie- und Verkehrsbereich sollte die Regierung aber nicht rütteln.

Das Prinzip der Aufkommensneutralität muss beibehalten werden, denn Ökosteuern sollen insgesamt nicht zu einem höheren Steuerniveau führen. Der Abbau ökologisch schädlicher Subventionen bietet ausreichend Spielraum, um Förderprogramme für den ökologischen Strukturwandel zu finanzieren (z. B. die Umwidmung eines Teils der Eigenheimzulage für Wärmedämmung). Bei der Verwendung des zusätzlichen Ökosteueraufkommens ist die soziale Balance stärker zu berücksichtigen, denn bisher zahlen die Unternehmen nur rund 40 % der Ökosteuern, profitieren aber zu 50 % von der Senkung der Lohnnebenkosten.

Das vollständige Papier mit den Forderungen des BUND zur Bundestagswahl ist ab 6. Juni 2002 erhältlich unter: <http://www.bund.net>.

Ökologisch problematische Subventionen im Bereich Verkehr

Eine ökologische Verkehrswende ist bislang ausgeblieben. Dies liegt aber nicht daran, dass das Konzept-Bündel aus Einsparen von Verkehr, Verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsträger und Effizienzsteigerungen praxisuntauglich ist. Grund ist vielmehr, dass sich noch niemand konsequent an die Umsetzung gewagt hat - allen Sonntagsreden zum Trotz. Der Rückgang des Mineralölverbrauches in den letzten beiden Jahren um jeweils zwei Prozent erscheint aber als ein erster Hoffnungsschimmer. Ob dieser allerdings zum Frühlingserwachen wird, oder nur ein kurzes Intermezzo darstellt, hängt auch von einer konsequenten ökologischen Finanzreform im Verkehr ab.

Gerrit Schrammen aus dem BUND-Verkehrsreferat hat in einem Beitrag für die Politische Ökologie die wichtigsten Bestandteile einer ökologischen Finanzreform im Verkehrsbereich analysiert. Der Beitrag erscheint im Juli 2002 in der Ausgabe Nr. 77 mit dem Schwerpunkt ökologische Finanzreform. Wir veröffentlichen ihn hier vorab: http://www.oeko-steuer.de/index_verkehrs_subventionen.html

7. BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER

Abgabe auf Frischfaserpapier gefordert

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Koblenz haben sich am 4.5.2002 Mitglieder von Robin Wood, Greenpeace und dem Forum Ökologie & Papier zusammengeschlossen, um sich wie die "Initiative 2000 plus - Schulmaterialien aus Recyclingpapier" in NRW nun auch in Rheinland-Pfalz für Papiereinsparung, erhöhte Nachfrage nach RCP und ein besseres Angebot im Handel von Recyclingpapieren einzusetzen.

Sämtliche Konsumenten von den Vorteilen und der guten Qualität zu überzeugen ist angesichts weitverbreiteter Vorurteile, die zwar längst überholt sind - aber dennoch hartnäckig in den Köpfen der Leute verbohrt sind, eine äußerst mühsame Aufgabe und braucht viele Mitstreiter in Schulen, Ämtern, Politik und den Medien.

Einfacher und effektiver wäre es sicherlich, wenn nun auch eine Abgabe auf Frischfaserpapier erhoben wird. Denn erst wenn dieses doppelt so teuer wie das beste und aufgehellte Recyclingpapier ist, greifen rückständige Konservative (die nichts mit "conservare" = lat.: "Bewahren" der Lebensgrundlagen im Sinn haben) zu der umweltfreundlicheren Alternative.

Auch das Beispiel der Einwegverpackungen zeigt, dass die Bevölkerung ohne finanzielle Anreize die Mehrwegflaschen vernachlässigt (In Belgien liegt der Einweganteil - ohne Förderung von Mehrweg - bereits bei ca. 80%) und überall in der Landschaft werden Dosen und sonstiger Unrat angehäuft. Das Umweltbewusst-

sein in weiten Kreisen der Bevölkerung lässt offensichtlich stark zu wünschen übrig.
Deshalb bedarf es dringend hoher Abgaben auf:

⇒ **Frischfaserpapier**

⇒ **Aluminiumdosen** (zusätzlich zum Zwangspfand) und auch

⇒ **Pestizide !!!**

Die Verseuchung von Obst und Gemüse im Supermarkt durch Pestizide wurden z.B. in der Monitor-Sendung vom April aufgedeckt und ist unter <http://www.pan-germany.de> nachzulesen.

Nur durch dieses -monetäre- Instrument kann der verschwenderische Konsum umweltschädlicher Produkte reduziert werden. (Alexandra Wagner aus Dieblich)

Ihr Rundbrief hat mir gut gefallen, weil Sie mit klaren Sätzen einen weiten Überblick gegeben haben und sich nicht ins Uferlose verlieren.

In der Ökosteuer sehe ich ein wichtiges Werkzeug bei einer ökologischen Wirtschaftspolitik, der mein vorwiegendes Interesse gilt. (K.K. aus Stuttgart)

8. KURZMELDUNGEN

Anteil erneuerbarer Energien steigt auf acht Prozent

Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung in Deutschland betrug im vergangenen Jahr 7,2 Prozent. Nach Angaben des Verbands der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) in Berlin nahm die Erzeugung von Öko-Strom im Vergleich zum Vorjahr um 2 Prozent auf rund 36 Milliarden Kilowattstunden zu. Aus Wasserkraft wurden 19,8 Milliarden Kilowattstunden erzeugt, bei Strom aus Windkraft waren es 11,5 Milliarden Kilowattstunden.

Nach Berechnungen des Internationalen Wirtschaftsforums Regenerative Energien (IWR) in Münster liegt der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen in diesem Jahr bei acht Prozent. Der größte Wachstumsfaktor sei die Windenergie. Das Institut rechnet mit einer Steigerung auf 15 bis 17 Milliarden Kilowattstunden.

Die Erfolgsgeschichte der Erneuerbaren ist nicht der Politik, sondern zunächst dem Engagement von tausenden BürgerInnen, den Umweltverbänden und den Verbänden der regenerativen Energien zu verdanken. Alles was wächst, wächst von unten (Homepage von Franz Alt, <http://www.sonnenseite.com>).

Bioenergie: größtes Potential

Die Bioenergie hat nach Ansicht des Bundesverbandes Bioenergie das größte Wachstumspotential unter den regenerativen Energiequellen. Dieser Rolle entsprechend müsse das Budget für Bioenergie innerhalb des Marktanreizprogramms kontinuierlich erhöht werden, fordert der Vorsitzende des BBE-Vorstandes, Helmut Lamp. Die neuen Förderregelungen seien nur eine unzureichende Korrektur der Verschlechterung des vorigen Jahres. Vor allem für Biogas- und KWK-Biomasseanlagen über 100kW reiche die Förderung nicht aus. Die jetzt gültigen Veränderungen des Programms:

- automatisch beschickte Anlagen bis zu 100 kW Nennwärmeleistung: 55 Euro je kW, bis 50 kW: mindestens 1500 Euro je Anlage,
- Kleinanlagen zwischen 3 und 50 kW: Förderung nur als Zentralheizungsanlage
- automatische beschickte Anlagen über 100 kW: Darlehen der KfW und Teilschuldenerlass in Höhe von 55 Euro je kW, max. 250 000 Euro je Anlage
- Biogasanlagen bis 70 kW: Darlehen der KfW und Teilschuldenerlass bis 15 000 Euro
- Haushaltsvolumen für Bioenergie innerhalb des Marktanreizprogramms: 35 Mio. Euro

Die Bestimmungen gelten für Anträge, die seit dem 24. März 2002 gestellt werden.

(UMWELT *kommunale ökologische Briefe*, Karl-Friedrich Kassel)

9. SERVICE: JOBS

Stellenangebote für Naturwissenschaftler

Bei vielen arbeitssuchenden Akademikern gehört der Wissenschaftsladen Bonn e.V. zum Geheimtipp. Wöchentlich sorgt der Informationsdienst zum Arbeitsmarkt Umweltschutz bei seinen Abonnenten für neue Hoffnung: er kombiniert eine bundesweite Auswertung und Auflistung der aktuellen Stellenangebote mit redaktionellen Hintergrundinformationen. 10 Jahre lang hat sich dieses Konzept schon bewährt. Nun wird das Angebot erweitert:

Vom 7. Juli an erscheint der Arbeitsmarkt Umweltschutz und Naturwissenschaften jede Woche. Neben Stellenangeboten für Fachkräfte im Umweltschutz erfasst und analysiert der Bonner Wissenschaftsladen damit spezielle Ausschreibungen für die Naturwissenschaftler. Biologen, Mathematiker, Forstwissenschaftler und Forstwirte, Agrarwissenschaftler und Landwirte sowie Geographen und Geologen finden pro Ausgabe bis zu einhundert zusätzliche Stellenangebote aus 95 Zeitungen und Fachzeitschriften.

Der Arbeitsmarkt Umweltschutz und Naturwissenschaften ist nur im Abonnement erhältlich und kostet 14,40€ für Einzelpersonen und 37,00€ für Institutionen. .

Bestellungen: Wissenschaftsladen Bonn e.V., Buschstr. 85, 53113 Bonn, <mailto:aboservic@wilabonn.de>
(Wissenschaftsladen Bonn e.V.; Pressemitteilung vom 15.05.2002).

Sustainable Europe Research Institute sucht Praktikanten

Das Sustainable Europe Research Institute (SERI) in Wien sucht für die Sommermonate eine Praktikantin oder einen Praktikanten.

Aufgabengebiete:

1. Mitarbeit an einem Forschungsprojekt/Paper in einem der folgenden Bereiche:

- Ökologische Wirtschaftspolitik
- Europapolitik
- Globalisierung
- Nachhaltige Gesellschaften
- Produktion und Konsum

2. Organisatorische Arbeit am SERI

Nähere Infos: <http://www.seri.at> oder Dr. Fritz Hinterberger: <mailto:fritz@seri.at>

10. SERVICE: LINKS

Biodiversität richtig managen - Effizientes Portfoliomanagement als effektiver Artenschutz

Wie sollte das weltweit größte Asset gemanagt werden? Diese neue Studie geht dieser Frage nach (Dr. Frank Figge, Universität Lüneburg, herausgegeben von der Gerling Versicherung). Kostenlos zu bestellen unter:

<http://www.sustainablevalue.com/Biodiv/Biodiv.htm>

Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg

Die Web-Site bietet Informationen rund um den Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung vom 26. August bis 4. September 2002 in Johannesburg. Sie stellt die Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung und ihrer Partnerorganisationen vor und informiert über Neuigkeiten und Hintergründe aus dem Vorbereitungsprozess. Weitere Infos bietet zudem unsere internationale Seite <http://www.worldsummit2002.org>.

Das Johannesburg Memo – Ein Memorandum für den Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung

Was müsste die Agenda des kommenden Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung und die nachfolgenden Jahre bestimmen? Die Heinrich-Böll-Stiftung hat 16 prominente Intellektuelle, Aktivisten, Politiker und Manager aus aller Welt eingeladen, ein Memorandum für den Rio+10-Gipfel zu schreiben.

Wolfgang Sachs vom Wuppertal Institut ist mit der Koordination der Memorandum-Gruppe beauftragt.

Das Johannesburg Memo

- zieht Bilanz der Entwicklungen im Jahrzehnt seit Rio
- skizziert eine "Johannesburg Agenda" zur Überwindung des fossilen Entwicklungsmodells in Nord und Süd
- zeigt auf, wie die Lebensbedingungen und Lebensrechte der marginalisierten Mehrheit auf diesem Planeten direkt mit dem Zustand ihrer Umwelt zusammenhängen
- konzipiert Entwicklungslinien für einen "gerechten Wohlstand" für den "globalen Norden"
- entwickelt eine ambitionierte Programmatik für Ökologie und Gerechtigkeit: Rechte für Bürger und communities, ökonomische Signale für die Globalen Märkte, neue globale Institutionen

Die deutsche Fassung des Memos ist unter <http://www.joburgmemo.de> zum Download abrufbar.

Neue Website freigeschaltet

Ganz frisch ist die Website <http://www.nurnatur.de> freigeschaltet. Es handelt sich um einen Tee- und Kaffeehersteller, den die Mensch & Natur AG erwerben und wieder „restaurieren“ konnte.

Tax News Update

Das *Center for a Sustainable Economy* in Washington/USA gibt jede Woche einen Newsletter *Tax News Update* heraus, in dem über Umweltsteuern aus US-Sicht, aber auch internationale Entwicklungen berichtet wird.

Nähere Informationen unter <mailto:center@SustainableEconomy.org> und <http://www.SustainableEconomy.org>.

11. SERVICE: VERANSTALTUNGEN

13.06. - 15.06.2002, Berlin: Solar Energy

Die Weltmesse für Erneuerbare Energien richtet sich vornehmlich an Architekten, Ingenieure und Handwerksbetriebe, aber - während der Publikumstage - auch an den interessierten Bürger.

Das gesellschaftspolitisch größte Highlight ist die Stromversorgung der Messe selbst. Als weltweit erste Messe wird während der Messetage inklusive Auf- und Abbau ausschließlich Ökostrom verwendet.

Die SOLAR ENERGY umfasst traditionell die Bereiche Photovoltaik und Solarthermie sowie mit erheblich geringerer Bedeutung die Windkraft. Im Jahr 2000 kam als weiteres wichtiges Messesegment die Erzeugung von Energie aus Biomasse hinzu. Seit dem letzten Jahr sind die Wärmepumpen auf der Messe vertreten. Im Jahr 2002 wird es zum Einstieg der Brennstoffzellen-Technologie kommen.

Nähere Infos unter <http://www.solarenergy.berlin.de>.

15.06.2002, Bonn: Nächster Halt Johannesburg – Auf dem Weg in ein zukunftsfähiges Deutschland

Der Kongress wird von MISEREOR und BUND gemeinsam veranstaltet und soll im Jahr des UN-Gipfels für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg die Möglichkeit zum Meinungsaustausch und zur kritischen Diskussion geben. Weitere Informationen erhalten sie im Kongressbüro, Tel.: 0221 / 16082-32, eMail: mailto:misereor_bund@neueshandeln.de

17.06. – 19.06.2002, Mannheim: Economic Modeling Workshop

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) führt erneut den Economic Modeling Workshop durch. Der diesjährige Schwerpunkt liegt auf grundlegenden Verfahren zur Marktanalyse sowie zur Produktions- und Preisplanung in der Energiewirtschaft und steht unter dem Titel „General Equilibrium Analysis of Labour Market Policies“.

Weitere Informationen: Frau Pauli 0621/1235-240; <http://www.zew.de>

27.06.2002, Berlin: OECD-/BMU-Conference on Environmental Fiscal Reform

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) lädt in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) zu einer internationalen Konferenz zur Ökologischen Finanzreform ein.

Ziel der Konferenz ist es, Handlungsmöglichkeiten für Staaten zur Überwindung der zwei größten Hemmnisse bei der Umsetzung einer Ökologischen Finanzreform aufzuzeigen: Befürchtungen, dass damit ein Verlust sektoraler Wettbewerbsfähigkeit und negative Verteilungseffekte einhergehen könnten. Ein Hintergrundbericht zur Konferenz wird die Diskussionsschwerpunkte einführen und Experten aus den OECD-Mitgliedstaaten wurden eingeladen, dazu Stellung zu nehmen. Auf der Konferenz werden überwiegend Steuer- und Umweltpersonen von Regierungen, Repräsentanten aus Wissenschaft, von Umweltverbänden, der Wirtschaft und der Gewerkschaft vertreten sein.

Zeit	Programmpunkt	Vortragende(r)
9:00	Eröffnung	Ken Ruffing, OECD, Komm. Leiter der Umwelta Abteilung (Konferenzleitung)
9:15	Ökologische Finanzreform in Deutschland	Jürgen Trittin, Bundesumweltminister, Deutschland
9:40	Bisherige Erfahrungen mit Ökologischen Finanzreformen	Nils Axel Braathen, OECD-Sekretariat
10:00	Diskussion	
10:30	Kaffeepause	
11:00	Thema I: Wettbewerbsfähigkeit	Flip de Kam, Universität Gronigen, Niederlande (Berichterstatter)
11:30	Gastbeiträge von:	Andrew Field, Finanzministerium, Großbritannien
		Alberto Cornejo Perez, Finanzministerium, Spanien
		John Hontelez, Europäisches Umweltbüro
		Klaus Bräunig, Bundesverband der Deutschen Industrie
12:30	Diskussion	
13:15	Mittagessen	
15:00	Thema II: Verteilungseffekte	Flip de Kam, Universität Gronigen, Niederlande
15:30	Gastbeiträge von:	Xavier Delache, Umweltministerium Frankreich
		Hans Larsen, Steuerministerium, Dänemark
		Sue Scott, Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung, Irland
		Eystein Gjelsvik, Gewerkschaftsbund, Norwegen
16:30	Diskussion	
17:15	Zusammenfassung der Konferenzergebnisse im Hinblick darauf, wie die potenziellen Hemmnisse überwunden werden können	Berichterstatter und Konferenzleitung
17:30	Abschließende Kommentare	Ken Ruffing, OECD, Komm. Leiter der Umwelta Abteilung (Konferenzleitung) Rainer Baake, Staatssekretär Bun-

	desumweltministerium, Deutschland
--	-----------------------------------

Konferenzsprachen sind Englisch und Deutsch. Es findet eine Simultanübersetzung statt.

Wenn Sie an einer Teilnahme an der Konferenz interessiert sind, dann senden Sie bitte eine Email an: Env.FiscalReform@oecd.org

bis spätestens 20. Juni,

unter Angabe folgender Angaben: Name, Institution, Adresse, Telefonnummer und Email. Da die Anzahl der Plätze beschränkt ist, kann es zu einer Vorauswahl der Teilnehmer kommen.

Weiterhin ist eine Konferenzgebühr in Höhe von 25,- €, welche die Kosten für Kaffee und Mittagessen deckt, zu entrichten. Die Anmeldung zur Konferenz erhält die volle Gültigkeit erst mit Einzahlung der Gebühr! Sie ist einzuzahlen auf das nachstehende Konto des Umweltforums:
Bank: Evangelische Darlehensgenossenschaft,
Konto-Nummer: 79 35 82,
Bankleitzahl: 100 602 37
Verwendungszweck: "OECD-Conference"

Das Umweltforum wird die Anmeldung nach Zahlung der Gebühr bestätigen.

Beim zum Veranstaltungsort nahe gelegenen ibis Hotel Berlin Mitte wurde ein begrenztes Zimmerkontingent reserviert, das bis zum 15. Juni unter dem Stichwort "OECD-Konferenz" von TeilnehmerInnen der Konferenz zu Vorzugskonditionen gebucht werden kann. Tel.: 030-44333-0, Fax: -111, <http://www.accorhotels.com>.

28.06.-30.06.2002, Freiburg i.Br.: Intersolar

Die Internationale Fachmesse Intersolar konzentriert sich auf die Bereiche Photovoltaik, Solarthermie und Solares Bauen. Weitere Informationen finden sie unter <http://www.intersolar.de>.

16.07. – 17.07.2002, München: Finanzkultur in der Nachhaltigen Energiewirtschaft

Der *energiwerkkongress* präsentiert hochaktuelle Herausforderungen und Lösungsmöglichkeiten, die sich der Nachhaltigen Energiewirtschaft stellen und setzt sich zum Ziel, die wirtschaftliche, politische und soziale Basis der Nachhaltigen Energiewirtschaft zu verbreitern und dauerhaft zu machen.

Auf dem *energiwerkkongress* wird den Teilnehmern ein über den Rahmen des Üblichen hinaus gehender Einblick in die finanziellen Strukturen, Potenziale und Ziele, Herausforderungen und Lösungen der Nachhaltigen Energiewirtschaft präsentiert. Insofern ist der *energiwerkkongress* ausgelegt auf eine kritisch-gesamthafte Darstellung und Selbstdarstellung der Nachhaltigen Energiewirtschaft mit dem ökonomischen Ziel einer transparenten Marktdarstellung und dem politischen Ziel des nachhaltigen Klimaschutzes.

Weitere Informationen: <http://www.mesago.de/messe/index.php3?ogpamid=00172&ogplan=d>

31.08.2002, Hannover: Bundesweiter Bauern- und Verbrauchertag

Der bundesweite Bauern- und Verbrauchertag soll zum Thema „Ökologisierung der Landwirtschaft“ auf dem EXPO-Gelände stattfinden. Dort soll auch das Thema Pestizid- und Düngemittelabgabe diskutiert werden.

Kontakt: Gerlinde Wiese, <mailto:Wiese.G@gmx.de>

12.09.2002, Berlin: Von der sozialen Marktwirtschaft zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft

An der Tagung im Umweltbundesamt nehmen unter anderem Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger, Oswald Metzger MdB, Dr. Andreas Troge, Hans-Joachim Ritter und Kai Schlegelmilch teil.

Weitere Informationen erhalten Sie bei der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V., Tel. 07272/3648, eMail: <mailto:Stiftung-fuer-Oekologie-u-Demo@t-online.de>

10.10.2002, Brüssel: Making prices work for the environment

Jährliche Tagung des European Environmental Bureau zum Thema Environmental Fiscal Reform.

[LINK](#)

DRAFT PROGRAMME

9.00 Registration

9.15 Opening by **Ralph Hallo**, President of the EEB

9.20 Key-note Speech by **Jacques Delors**, former President of the European Commission (*invited*)

[proposed] theme: “Making prices work for the environment”: necessity and opportunities; the difficult road from ideas to practice, the need for political leadership, citizens mobilisation and acceptance by private interests”

10.00 Discussion with Mr. Delors, led by **Yannis Paleocrassas** (EEB, former Environment Commissioner and former Greek Minister of Finance).

10.20 Coffee

10.50 PANEL ON: ENVIRONMENTAL FISCAL REFORMS IN THE EUROPEAN UNION: WILL WE SEE IT HAPPEN?

- Commissioner Margot Wallström
- Ministers of finance or environment of Denmark (Presidency), Greece (next Presidency), Belgium, Netherlands and Germany (countries with a pro-active approach) and Spain and UK (countries with concerns about the EU-draft directive).
- John Hontelez, Secretary General EEB

Short introductions on the following topics

- The role of environmental fiscal reform in the 6th Action Programme (Commissioner Wallström)
- The Presidency approach to succeed negotiation on the 1997 draft Energy Taxation directive (Minister Denmark)
- Objections to (elements of) environmental fiscal reform (Ministers Spain, UK)
- The need to make environmental fiscal reform part of the EU Strategy for Sustainable Development (Minister Papandreou, Greece)
- Opportunities and Limits for the bottom-up approach (Ministers Germany, Netherlands, Belgium)
- The EEB campaign (Hontelez)

Discussion between panellists and with the audience

13.00 Lunch

14.30 UNRAVEL THE COMPETITIVENESS ARGUMENT

Introduction by **Yannis Paleocrassas**, (Elliniki Etairia, former EU Environment Commissioner, former Finance Minister of Greece) *on the nature and validity of the competitiveness argument to hinder or limit environmental fiscal reform in the EU and on the national levels.*

Responses by :

- Two or three representatives of Industries and Industry federations, including UNICE and the European Business Council for a Sustainable Energy Future
- Eric Carlslund, deputy Secretary General European Trade Union Confederation

Discussion with the audience

16.30 coffee break

17.00 ENSURING SOCIAL FAIRNESS IN ENVIRONMENTAL FISCAL REFORM

Expert speaker to be found

- Presentation and questions

Conclusions: MOVING ON WITH THE CAMPAIGN

John Hontelez, Secretary General EEB

28.10. – 30.10.2002, Loccum: Tagung zur Ökologischen Finanzreform

Einzelheiten stehen noch nicht fest, wir informieren darüber in einer späteren Ausgabe.

12. FÖS: IN EIGENER SACHE

Der FÖS auf der IFAT

Vom 13. bis zum 17. Mai fand in München die 13. Internationale Fachmesse für Umwelt und Entsorgung (IFAT) statt. Auf dem Stand des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes wurde im Rahmen des IFATALKs heftig über verschiedenste Umweltthemen diskutiert – auch über die Ökosteuer. Mit von der Partie waren unser Vorsitzender Anselm Görres und stellvertretender Vorsitzender Kai Schlegelmilch, als Vertreter des Bundesumweltministeriums. Leider fehlte der ADAC-Vertreter, so dass der Gegenpart vom Moderator Otto Lerchenmüller übernommen werden musste. Dennoch ergab sich eine interessante Diskussion, die auch jetzt noch verfolgt werden kann – im Internet unter <http://www.umweltbundesamt.de/>, dann auf der Titelseite runterscrollen und IFATALK anklicken.

Der FÖS wird international

Wer in der letzten Zeit bei uns angerufen hat, wird sich vielleicht über eine französisch oder schwäbisch gefärbte Stimme am anderen Ende der Leitung gewundert haben. Wir haben zwei Praktikantinnen gewonnen, die uns tatkräftig unterstützen.

Nicole Siller aus Überlingen am Bodensee, angehende Kommunikationswissenschaftsstudentin, bleibt als Praktikantin bis Ende August bei uns und beschäftigt sich insbesondere mit dem Aufbau der Referentendatenbank und deren Vermarktung.

Audrey C zar aus Toulouse in Frankreich absolviert gerade eine Ausbildung zur Fremdsprachenkorrespondentin. Wegen ihrer sprachlichen Ausrichtung erarbeitet sie einen englischen Newsletter und bringt die Datenbank im internationalen Bereich auf Vordermann.

Beiratsmitglied Wolfgang Wiegard Vorsitzender der „Fünf Weisen“

Wolfgang Wiegard, Beiratsmitglied des F S, ist für die nächsten drei Jahre zum Vorsitzenden des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gewählt worden. Der 56-jährige Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Regensburg wird damit Nachfolger von Jürgen Donges, der Ende Februar nach Ablauf seiner Berufszeit aus dem Rat ausgeschieden war.

Haben Sie eine neue Adresse oder Email?

Bitte denken Sie daran, uns neue Post- oder eMail-Adressen gleich mitzuteilen. Das Nachforschen, wenn Post oder eMails zurückkommen, kostet uns viel Zeit und damit Geld. Außerdem können Sie so sicher sein, keine Ausgabe unseres Newsletters oder anderen wichtigen aktuellen Mitteilungen zu verpassen!

Wie kann der Newsletter noch besser werden?

Bitte schicken Sie uns Ihre Anregungen, Kritik, Wünsche und auch gerne Literatur-/Link-Hinweise, damit wir den Newsletter weiter verbessern können. Wenn Sie selbst einen Beitrag schreiben möchten, freuen wir uns sehr, bitten aber, diesen vorher mit uns abzustimmen (<mailto:foes@foes-ev.de>).

Hat Ihnen dieser Newsletter gefallen?

Das freut uns! Dann haben wir eine Bitte an Sie: Spenden Sie und/oder werden Sie Mitglied bei uns! Wie Sie wissen, ist der F S auf Spenden angewiesen. Insbesondere diejenigen unter Ihnen, die keine Mitglieder bei uns, aber zufrieden mit unserer Arbeit, bzw. den Mitteilungen/Newslettern sind, können sich überlegen, ob sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen wollen. Wir wären Ihnen sehr dankbar! Die Bankverbindung:  kobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 3740.

Noch mehr würden wir uns freuen, wenn Sie uns als Mitglied unterstützten. Der Beitrag beträgt 60 € für Förder- und 200 € für Aktivmitglieder. Ein Beitrittsformular finden Sie unter <http://www.foes-ev.de/kontakt.html>.

